

6 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.21 Uhr.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung für die öffentliche Sitzung zur Hand zu nehmen. Dankenswerterweise haben die Klubobleute und Fraktion vorher wieder in Abstimmung mit dem Präsidialamt gesagt, welche Tagesordnungspunkte wir en bloc abstimmen. Wichtig ist aber, bevor ich Ihnen das sage, dass ich gebeten worden bin, gestern schon, und das ist auch gleichzeitig die Entschuldigung, dass das so kurzfristig ist, von der Abteilung Bildung und Integration wäre es notwendig, noch einen Tagesordnungspunkt, der sich jetzt nicht auf Ihrer Tagesordnung befindet, aufzunehmen. Das wäre dann der Tagesordnungspunkt 30, hier geht es um die Richtlinien der Abteilung für Bildung und Integration, die Indexanpassung für das Betreuungsjahr 2023/2024. Da ist gestern, meines Wissens, für heute, noch eine Ausschusssitzung diesbezüglich einberufen worden und hat auch stattgefunden. Insofern sehe ich hier kein Problem, diesen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Sind Sie damit einverstanden? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand. Ich danke Ihnen vielmals, dann ich dieser Punkt aufgenommen, das ist der Tagesordnungspunkt 30. En bloc abgestimmt werden können der Tagesordnungspunkt 2, die Tagesordnungspunkte 11, 12, 13, 14, 15 und 16 ...

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini**: 5 auch.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Aha, das habe ich nicht gehabt. 9 ist definitiv nicht, 5 stimmt, da war die Klammer drüber, passt.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Dann machen wir es noch einmal: Tagesordnungspunkt 2, Tagesordnungspunkt 5, dann 11 bis 16, dann weiters Tagesordnungspunkte 17, 18, 19, 20 und 21, alle einstimmig. Dann ist noch Tagesordnungspunkt 24, 25, 28 und 29, ebenso einstimmig. Bevor ich noch die Kollegin Gemeinderätin Slama bitte um die Berichterstattung, Tagesordnungspunkt 1, möchte ich Ihnen nur sagen, und ein großes Danke an die Öffentlichkeitsarbeit aussprechen, während der Sitzung haben Sie die Möglichkeit, und auch alle anwesenden Abteilungsleiter und Kolleg:innen der Stadt Graz, wir haben im Stadtsenatssaal Getränke hergerichtet für Sie und auch eine kleine Jause, das ist schon während der Gemeinderatssitzung möglich und danach, im Anschluss an die Sitzung, sage ich nur auch jetzt schon rechtzeitig, ist natürlich, wie immer, der Empfang. Aber falls jemand früher weg muss oder keine Möglichkeit hat hier zu bleiben, wollten wir das einfach anbieten (*Appl.*).

en bloc:

6.1 Stk. 2) A8/4-123943/2021

**Teil des Schulcampus Smart City
städt. Gdst. Nr. 1104/1, EZ 561, KG 63104
Lend, Einräumung einer grundbücherlichen
Dienstbarkeit der Verlegung und des
Betriebes einer Stromkabelleitung auf
immerwährende Zeit Antrag auf
Zustimmung**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Science Tower GmbH wird die grundbücherliche Dienstbarkeit der Verlegung, des Bestandes und des Betriebes einer Stromkabelleitung auf dem städt. Grundstück Nr. 1104/1, EZ 561, KG 63104 Lend, welche im Plan vom 01.02.2021 in Rot dargestellt ist, auf immerwährende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.2 Stk. 5) A10 BD/007174/2009/0073
A10/8/067796/2013/0217**

**Stadtteilentwicklung
Reininghaus Quartier 17,
Grundstück Nr. 348/1,
Bebauungsplan 14.39.0 Vereinbarung über
die Erschließungs- und
Gestaltungsmaßnahmen**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt.
2. Der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildenden Vereinbarung über die Erschließungs- und

Gestaltungsmaßnahmen „Reininghaus Quartier 17“ – Grundstück Nr. 348/1- Teil des Bebauungsplanes 14.39.0, wird die Zustimmung erteilt.

3. Die Stadtbaudirektion wird nach erteilter Zustimmung durch den Gemeinderat die von der Vertragspartnerin unterschriebene Vereinbarung der Bürgermeisterin Elke Kahr zur rechtsgültigen Fertigung vorlegen.
4. Die Stadtbaudirektion und die ihr zugeordneten Abteilungen werden beauftragt die Maßnahmenumsetzung gemäß der Vereinbarung zu koordinieren.
5. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird die verkehrsrelevanten Themen dieser Vereinbarung im Sinne des Rahmenplanes begleiten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.3 Stk. 11) A8/4-015854/2020

Areal Gössendorf – Grenzbereinigung wert- und flächengleicher Grundtausch zwischen der Stadt Graz und der Marktgemeinde Gössendorf Tausch von 4 GST-Teilflächen im Gesamtausmaß von insg. jeweils 414 m² und unentgeltliche Abtretung von 3 Grundstücken im Gesamtausmaß von 2.516 m² ins öffentliche Gut der Marktgemeinde Gössendorf

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Tausch von 4 Trennstücken laut beiliegendem Teilungsplan „R2C Murradweg“, Trennstück 3 des GST Nr. 780/1 im Ausmaß von 3 m² sowie Trennstück 5 des GST Nr. 780/1 im Ausmaß von 411 m², beide im Privateigentum der Stadt Graz einkommend in der EZ 105 der KG 63220 Gössendorf, gegen die Trennstücke 1 und 2 des GST Nr. 763/5, EZ 50000, KG

63220 Gössendorf im öffentlichen Gut der Marktgemeinde Gössendorf im Ausmaß von 94 m² beziehungsweise 320 m², wird genehmigt.

2. Die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt – falls möglich – nach § 15 LiegTeilG. Die Kosten für die Endvermessung und Errichtung eines grundbuchfähigen Teilungsplans werden von beiden Teilen jeweils zur Hälfte getragen. Im Falle der Errichtung eines Tauschvertrages werden die Kosten zu gleichen Teilen getragen.

3. Die unentgeltliche Abtretung der beiden Überlandgrundstücke Nr. 357/12 im grundbücherlichen Ausmaß von 470 m² sowie Nr. 399 im grundbücherlichen Ausmaß von 1.427 m², beide in der KG Thondorf einkommend in der EZ 750, KG 63220 Gössendorf, sowie die unentgeltliche Abtretung des GST Nr. 735/1, einkommend in der EZ 572, KG 63220 Gössendorf im grundbücherlichen Ausmaß von 619 m² wird genehmigt.

4. Die Herstellung der Grundbuchsordnung -sofern möglich - nach§ 15 LiegTeilG erfolgt auf Veranlassung und auf Kosten der Marktgemeinde Gössendorf. Im Falle der Errichtung eines Grundabtretungsvertrages werden sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren von beiden Vertragspartnern zu gleichen Teilen getragen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.4 Stk. 12) A8/4-215699/2022

**Rosenhain – Hochbehälter GBG-Gdst.
Nr. 1552/1, EZ 2499, KG 63103 Geidorf,
Einräumung einer grundbücherlichen
Dienstbarkeit der Verlegung und des
Betriebes einer Gasleitung auf
immerwährende Zeit Antrag auf
Zustimmung**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz als Baurechtsnehmerin stimmt der Einräumung einer grundbücherlichen Dienstbarkeit zugunsten der Energie Graz GmbH & Co KG zur Verlegung, zum Bestand und zum Betrieb einer Gasleitung auf dem GBG-Grundstück Nr. 1552/1, EZ 2499, KG 63103 Geidorf, welche im Plan 10.11.2022 in Rot dargestellt ist, auf immerwährende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes zu.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.5 Stk. 13) A8/4-917/2001

**Messturm, Messeplatz 1, 8010 Graz EZ
502, KG 63106 Jakomini, LN3 5 und 6
Abtretung des Kaufrechtes der
Wohnungseigentumsanteile von der Eva-
Realitätenverwaltungsgesellschaft m.b.H.
(kurz Eva) an die MCG Graz e.gen.,
Messeplatz 1, 8010 Graz, FN 52501h (kurz
MCG)**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das der Stadt Graz zustehende Kaufrecht an den Wohnungseigentumsobjekten am Messeplatz 1, mit denen ein ausschließliches Nutzungsrecht an den Stockwerken drei bis sieben verbunden war, laut der Vereinbarung aus 2022 wird gemäß dem Entwurf der beiliegenden Vereinbarung an die MCG zur Ausübung des Kaufrechtes am 31.8.2023

übertragen. Die MCG leistet den ungekürzten Kaufpreis von € 2.906.913,00 und trägt alle anfallenden Nebenkosten laut Motivenbericht und die Kosten für Vertragserrichtung und Verbücherung.

Die Stadt Graz erhält die bei Mietbeginn geleisteten Kautionsbeträge von insgesamt € 1.017.240,00 von der EVA überweisen und wird diese an die Messe Graz weiterleiten. Hierzu wird ein gesondertes Finanzstück im Herbst 2023 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.6 Stk. 14) A8-020081/2006/0312
A8-205499/2022/0081**

**Holding Graz – Kommunale
Diensteleistungen GmbH;**

- 1. Genehmigung zum Abschluss eines Vertrages über die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses zur Eigenkapitalstärkung**
- 2. Haushaltsplanmäßige Vorsorge/Änderung**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gesellschafterzuschuss der Stadt Graz an die Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH zur Eigenkapitalstärkung gemäß Beilage, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird genehmigt.
2. Haushaltsplanmäßige Vorsorge/Änderung:

Für die Haushalte 2023 ergibt sich folgende Änderung in Millionen EUR:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 6. Juli 2023

Fistl	Fonds	Fipos	HHP	Beschreibung des HHP/der Fipos	DR	FH 2023	EH 2023	VH 2023
180	914000	1.080000	31808010	Kleininvestitionen Finanzdirektion / Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	D.180801	35		55
180	914000	2.346000		Investitionsdarlehen		35		35
180	914000	V.334000		Sonstige kurzfr. Verbindl.				20

Der gesamte Zuschuss iHv 55 Millionen Euro wird auf der Ausgaben-Fipos 1.080000 in SAP/Georg dargestellt. Zur Auszahlung gelangt im Jahr 2023 der Betrag iHv. 35 Millionen Euro, d.h., der FH 2023 wird mit 35 Millionen Euro angesprochen/belastet. Die 2. Tranche iHv 20 Millionen Euro wird zum Rechnungsabschluss 2023 als kurzfristige Verbindlichkeit (offener Posten) dargestellt und im Jahr 2024 zur Auszahlung gebracht.

Für die zusätzlichen Investitionen betreffend Straßenbahnwagen und Remise Eggenberg (genehmigt mit GRB A8-044725/2008-0308 am 25.05.2023) wird der Investitionsfonds für transformative Vorhaben wie folgt belastet:

Gesamt	2023	2024	2025	2026
26.811.000	7.300.000	6.804.000	11.584.000	1.123.000

Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds für transformative Vorhaben geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.7 Stk. 15) A8-040945/2008/0090 Creative Industries Styria GmbH (kurz: CIS)
Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 (4) des
Statuts der Landeshauptstadt Graz in der
ordentlichen Generalversammlung am
13.07.2023
(Jahresabschluss 2022)**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Creative Industries Styria GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, den folgenden Anträgen zuzustimmen:

- TOP 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 3. Genehmigung des Protokolls vom 21. Dezember 2022
- TOP 4. Bestätigung der Tagesordnungspunkte
- TOP 5. Feststellung und Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2022, Gewinnverwendungsbeschluss, Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für 2022
- TOP 6. Beschlussfassung über die Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2023

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.8 Stk. 16) A8-044725/2008/0309
A8-205500/2022/0033
A10/8-090601/2023/0001**

MASTERPLAN ÖV – Vorhabensbeschluss

- A. Masterplan ÖV für die Buslinien 52 und 67: Projekt EBIN – Beschaffung von 4 batteriebetriebenen Bussen**
- B. Budgeterhöhung über 3.111.000,-Euro bis 2027; Entnahme aus dem Investitionsfonds für transformative Vorhaben iHv. 1.327.000,- Euro**
- C. Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH; Änderung des Wirtschaftsplans 2023 sowie der Mittelfristplanung bis 2027; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 (4) des Statutes der Landeshauptstadt Graz; Umlaufbeschluss**

Der Gemeinderat möge gemäß § 87 (4) iVm § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl 130/1967, in der Fassung, LGBl 118/2021 sowie § 20 der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz (HHOG) idgF, beschließen:

1) Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH sowie der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, in beiden StR Manfred Eber, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschlusses folgenden Anträgen zuzustimmen:

a) Die diesen Beschluss unterfertigenden Gesellschafter erklären sich mit der Form der schriftlichen Abstimmung im Umlaufwege einverstanden.

b) Zustimmung zur Erweiterung der Busflotte der Graz Linien um zwei (batterieelektrische) Gelenkbusse samt Ladestationen sowie Netzerweiterung.

c) Zustimmung zur Anschaffung zweier (batterieelektrischer) Solobusse samt Ladestationen sowie Netzerweiterung, welche zwei Dieselbusse ersetzen und zu keiner Vergrößerung des Fuhrparks führen.

d) Zustimmung zur Genehmigung der Gesamtkosten iHv. 3.861.000 Euro für das Projekt EBIN, welches die Beschaffung von vier batteriebetriebenen Bussen samt Ladestationen- sowie Netzerweiterung vorsieht. Davon sind 750.000 Euro bereits in der Mittelfristplanung der Holdingingeplant. Im Rahmen der EBIN-Förderung wäre ein Förderbetrag von l. 784.000 Euro vorgesehen.

e) Zustimmung zur Genehmigung der notwendigen Aufwendungen iHv. 1.557.000 Euro, die bereits in der aktuellen Mittelfristplanung 2024-2027 eingeplant sind.

f) Zustimmung zur Aufnahme der zusätzlichen Investitionsmittel in den neu zu erstellenden Wirtschaftsplan 2024 sowie in die Mittelfristplanung bis 2027.

2) Der Entnahme aus dem Investitionsfonds für transformative Vorhaben – (gesamt 1.327.000,- Euro)

2024: 411.000,- Euro

2025: 916.000,- Euro

wird zugestimmt.

Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds für transformative Vorhaben geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

3) Die Betreuung und die Gesamtkoordination der Projektumsetzung erfolgt durch die Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH, Graz Linien, welche auch für die personellen Ressourcen Vorsorge zu treffen hat.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.9 Stk. 17) A16-002184/2003/0680
A8-205500/2022/0035**

Literaturhaus

- 1. Valorisierung von 8,65 % des Betreiber:innenvertrages für 2023 in der Höhe von 51.900,- Euro**
- 2. Erhöhung der Projektgenehmigung für 2023 um 51.900,- Euro**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Valorisierung von 8,65 % des Betreiber:innenvertrages 2023 von 51.900,- Euro wird Zugestimmt.
2. Die Erhöhung der Projektgenehmigung für 2023 um 51.900,- Euro wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.10 Stk. 18) A16-028355/2005/0179
A8-205500/2022/0036**

spleen*graz -Theaterfestival

- 1. Abschluss einer Fördervereinbarung für die Jahre 2023-2024**
- 2. Projektgenehmigung iHv 90.000,- Euro im LCF 2023/2024**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Fördervereinbarung, die integrierender Bestandteil des Beschlusses ist, ist durch das Kulturamt mit spleen*graz für die Jahre 2023-2024 in Höhe von 90.000,- Euro abzuschließen.
2. Die Projektgenehmigung wird wie folgt erteilt:
2023 45.000,- Euro
2024 45.000,- Euro

Die Auszahlung kann aus dem beschlossenen Budget 2023 des Kulturamtes beziehungsweise den Budgetvorgaben für das Kulturamt für 2024 abgedeckt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.11 Stk. 19) Präs.011009/2003/0031 Ferialermächtigung2023

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Da vom 07.07.2023 bis 20.09.2023 keine Sitzungen des Gemeinderates stattfinden, wird der Stadtsenat gemäß § 45 Abs 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 für diese Zeit zur Beschlussfassung über Angelegenheiten, die dem Gemeinderat gemäß § 45 Abs 2 Z 1, 4 bis 10, 15 und 16 des Statutes vorbehalten sind und deren

Erledigung ohne Nachteil für die Stadt oder für einen Beteiligten keinen Aufschub duldet, ohne Vorberatung in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen und gegen nachträgliche Mitteilung an den Gemeinderat ermächtigt.

Unter den gleichen Voraussetzungen wird gemäß § 4 Abs 3 des Betriebsstatutes für die Geriatrischen Gesundheitszentren (GGZ) der Verwaltungsausschuss für den Eigenbetrieb Geriatrische Gesundheitszentren, gemäß § 4 Abs 3 des Betriebsstatutes für den Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice (GPS) der Verwaltungsausschuss für den Eigenbetrieb Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice und gemäß § 4 Abs 3 des Betriebsstatutes Eigenbetrieb Wohnen Graz der Verwaltungsausschuss für den Eigenbetrieb Wohnen Graz zur Beschlussfassung über Angelegenheiten ermächtigt, die dem Gemeinderat gemäß dem jeweiligen Betriebsstatut vorbehalten sind.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.12 Stk. 20) WG-058074/2014/0013

Sonderregelung für die Vermietung von 28 gemeindeeigenen Wohnungen der Stadt Graz an Flüchtlinge aus der Ukraine

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat wolle gem.§ 45 Abs 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, idgF LGBl Nr. 118/2021, eine Ausnahme von den Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sowie die Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten dahingehend genehmigen, dass 28 stadteigene Gemeindewohnungen an ihre jeweiligen Bewohner:innen aus der Ukraine ab 1.10.2023 befristet auf 3 Jahre vermietet werden dürfen. Weitere anschließende Befristungen sollen möglich sein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.13 Stk. 21) A1-281288/2022/0008 Geschwindigkeits- und
A8-205500/2022/0038 Rotlichtüberwachung Projektgenehmigung
A10/1-047048/2018/0042 2023/24 über € 1.000.000 und
Budgetvorsorge 2023 über € 500.000**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat nimmt diesen Motivenbericht zur Kenntnis.
2. Das Straßenamt wird beauftragt und ermächtigt, das oben genannt Projekt umzusetzen sowie entsprechende Vereinbarungen mit der Landespolizeidirektion Steiermark abzuschließen.
3. Die Projektgenehmigung für das beschriebene Projekt „Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung“ über € 1.000.000 (davon je€ 500.000 für 2023 und 2024) wird erteilt. Die Bedeckung erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds- der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.
4. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP	Deckungs- ring	FVA 2023	EVA 2023
230	640000	1.005000	12303160	Geschwindigkeits- / Rotlichtüberwachung 2023/2024	D.230316	+500.000	
180	640000	2.346000		Investitionsdarlehen		+500.000	

5. Die für die Ausweitung des Betriebs nötigen zusätzlichen Dienstposten werden im Dienstpostenplan eingestellt.
6. Die für den laufenden Betrieb nötigen Mittel werden ab 2024 im Rahmen des LCF des Straßenamts zur Verfügung gestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.14 Stk. 24) A8-020081/2006/0311
A8-021515/2006/0320**

**Holding Graz – Kommunale
Dienstleistungen GmbH;
Genehmigung zum Abschluss eines
Kreditvertrages mit der Grazer
Unternehmensfinanzierungs GmbH zur
Zwischenfinanzierung von Investitionen
Richtlinien für die Generalversammlung
gemäß § 87 (4) des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Umlaufbeschluss**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH (ebenso in der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH), StR Manfred Eber, wird die Ermächtigung zur Unterfertigung des Umlaufbeschlusses mit folgenden Punkten erteilt:

1. Die diesen Beschluss unterfertigenden Gesellschafter erklären sich mit der Form der schriftlichen Abstimmung im Umlaufwege einverstanden.
2. Der Aufnahme eines bis längstens 20.12.2023 befristeten Kredites zur Zwischenfinanzierung von Investitionen der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH (Kreditnehmerin) von der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH (Kreditgeberin) in Höhe von € 56,0 Millionen (in Worten: Euro sechsfünfzig Millionen) wird zugestimmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.15 Stk. 25) A8-020081/2006/0314
A8-021515/2006/0321**

**Holding Graz –
Kommunale Dienstleistungen GmbH;
Konzernclearing – Abschluss eines
Vertrages für Termineinlagen mit der
Ankünder GmbH Richtlinien für die
Generalversammlung gemäß § 87 (4) des
Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967;
Umlaufbeschluss**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH (ebenso in der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH), StR Manfred Eber, wird die Ermächtigung zur Unterfertigung des Umlaufbeschlusses mit folgenden Punkten erteilt:

1. Die diesen Beschluss unterfertigenden Gesellschafter erklären sich mit der Form der schriftlichen Abstimmung im Umlaufwege einverstanden.
2. Dem Abschluss eines ergänzenden Vertrages aus dem Konzernclearing zwischen der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH und der Ankünder GmbH betreffend einer Termineinlage in Höhe von € 16.000.000,00 (in Worten: sechszehn Millionen Euro) für die Laufzeit vom 01.08.2023 bis zum 31.07.2025 wird zugestimmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.16 Stk. 28) Präs. 012400/2003/0005

**Grazer Bedienstetenschutzkommission:
Petition an das Amt der Steiermärkischen
Landesregierung;**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung wird ersucht an den Steiermärkischen Landtag heranzutreten, um folgende Novellierung von § 54 Abs 2 und 3 Z 2, § 56 Abs 1, 2. Satz St.-BSG vorzunehmen:

1. § 54 Abs 2 und 3 lautet: „

(2) Der Kommission gehören als Mitglieder an:

1. ein/e jur. Bediensteter/e der Stadt als Vorsitzender/e,
2. eine intern (aus dem Kreis der Bediensteten) oder extern bestellte Sicherheitsfachkraft,
3. ein/e intern (aus dem Kreis der Bediensteten) oder extern bestellter/e Arbeitsmediziner/in,
4. ein/e Bediensteter/e aus dem Kreis der begünstigten Behinderten und
5. ein/e von der Personalvertretung bestellter/e Bediensteter/e.

(3) 2. Die Beschäftigung eines arbeitsmedizinischen Fachdienstes im Sinne d. § 78 b Bundes – Bedienstetenschutzgesetzes – B-BSG ist mit Beschluss der Kommission zulässig.“

2. § 56 Abs 1, 2. Satz lautet: „

1. (1) Für jedes Mitglied der Grazer Bedienstetenschutz - Kommission sind für den Fall der Verhinderung ein oder zwei Ersatzmitglieder zu bestellen. Für den Bereich der Arbeitsmedizin ist kein Ersatzmitglied erforderlich.“

3. § 67 Abs 5 lautet: „

(5) In der Fassung des Gesetzes ... treten § 54 Abs 2 und 3 Z 2, § 56 Abs 1, 2 Satz mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag, das ist der
in Kraft.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.17 Stk. 29) Präs. 067963/2018/0027

**Lenkungsausschuss der Verkehrsverbund
Steiermark GmbH Vertretung der
Landeshauptstadt Graz**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz wird anstelle von Herrn Mag. Stefan Tschikof als kooptiertes Mitglied im Lenkungsausschuss der Verkehrsverbund Steiermark GmbH nunmehr Herr Mag. Johannes Müller bestellt beziehungsweise nominiert.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Slama

6.18 Stk. 1) A1-75223/2017/0006

**Objektivierungsrichtlinien 2022
– Abänderung**

GRⁱⁿ Slama:

Liebe Alle, die meisten kennen es jetzt aus dem Ausschuss, grundsätzlich geht es um eine Abänderung der Objektivierungsrichtlinien. Da geht es einfach darum, dass in der Praxis sich gezeigt hat, dass ein paar Punkte ein bisschen verändert werden sollten, das sind vier Punkte insgesamt. Der erste davon ist, dass zuständige Stadtsenatsreferent:innen Vertretungen senden dürfen in die Kommission. Punkt 2 ist, dass die Gleichbehandlungsbeauftragte, die ja jetzt schon berechtigt ist teilzunehmen an den Auswahlkommissionen, auch Stellungnahmen, Anmerkungen und Beanstandungen förmlich protokollieren lassen kann. Punkt 3 ist grundsätzlich einfach mehr Erklärung, das heißt, dass, wenn auf dieser Aufnahme oder Besetzungsvorschlag nur eine Person draufsteht, als verpflichtend eine Begründung geben muss und da auch drinnen stehen muss, wieso die anderen Personen eben nicht geeignet sind. So weit, so gut, das sind einmal die drei kleineren Punkte. Dann der vierte Punkt ist der größte Punkt in dem Ganzen und da geht es grundsätzlich darum, dass vor allem jetzt, weil eine Pensionierungswelle passiert beziehungsweise bevorsteht, die Auswahlkommissionen sehr personal- und zeitaufwändig sind. Dadurch dauert das Ganze natürlich eine lange Zeit und dadurch springen auch relativ viele Bewerber:innen dann einfach ab, weil es ihnen zu lange dauert und sie in der Zwischenzeit einen anderen Job annehmen. Da ist jetzt grundsätzlich die Idee aus dem Personalamt gekommen, dass für die Entlohnungsgruppe b, das sind Hochschulabsolvent:innen, eine sogenannte Poolausschreibung stattfinden darf. Das heißt, dass Stellen, die grundsätzlich in vielen Abteilungen vertreten sind, das heißt Aufgabenbereiche, die in vielen Referaten, Abteilungen vertreten sind, quasi in Einem ausgeschrieben werden können und dass das funktionelle Auswahlverfahren in dieser Gehaltsgruppe dann ersetzt werden kann durch Einzelgespräche von Bediensteten der

Personalentwicklung im Personalamt. Danach werden in der zweiten Runde alle Personen, die eben qualifiziert gesehen werden mit dem spezifischen Abteilungsleiter:innen eben noch Gespräche haben. Auch da ist natürlich die Personalvertretung verpflichtend heranzuziehen, also das ist quasi die generelle Vorgehensweise, auch wenn es um die Entlohnungsgruppe c geht. Das heißt, das ist jetzt auch nichts komplett Neues. Das gilt wirklich nur für die Entlohnungsgruppe b und auch hier werden höherwertige Stellen der Entlohnungsgruppe b immer noch mit kommissionellem Auswahlverfahren besetzt. Das sind eigentlich alle vier Änderungen, hier im Ausschuss haben wir sie schon einstimmig beschlossen. Ich hoffe, das schaffen wir da jetzt auch. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem im Anhang befindlichen Entwurf einer Abänderung der Objektivierungsrichtlinien 2022 wird auf Grundlage von § 45 Abs 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 118/2021, zugestimmt.

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Berichterstatterin. Ich mache einen Abänderungsantrag zur Abänderung der Objektivierungsrichtlinien, mein Antrag soll zu noch mehr Objektivierung führen. Ich habe es schon ein probiert und ja, vielleicht klappt es ja diesmal. Es geht um zwei Punkte diesmal. Es um den § 2 der Objektivierungsrichtlinie, wo steht, dass Besetzung von Dienstposten und Entlohnungsgruppen a und b öffentlich oder magistratsintern auszuschreiben sind, das heißt, man muss, ich sage vorausschickend dazu, diese Entlohnungsgruppe erfordert entweder einen universitären Abschluss oder den Abschluss einer höheren Schule. Das heißt, es geht

um Posten mit verantwortungsvollen Bereichen oder in sehr verantwortungsvollen Kategorie. Und es erschließt sich mir nicht, warum diese Posten nicht zwingend öffentlich ausgeschrieben werden müssen und ich hätte gerne dieses oder durch ein und ersetzt beziehungsweise fakultativ einfach: Ist öffentlich auszuschreiben. Falls es der Transparenz dient, kann man es auch gerne magistratsintern ausschreiben, aber dazu kommen ich dann bei der Verlesung meines Antrages. Und der andere Punkt betrifft § 7 Abs 3, der sowieso geändert wird jetzt, nämlich wie die Berichterstatterin gesagt hat: Nimmt die Auswahlkommission nur eine einzige Person in den Besetzungsvorschlag auf, ist dieser besonders zu begründen, und das ist für mich der Anlass, meinen letzten Vorschlag aus dem März 2022 noch einmal aufzunehmen und den § 7 doch noch einmal zu ändern, und sagt, dass auch die Auswahlkommission in ihrem Besetzungsvorschlag eine begründete Reihung vorzunehmen hat. Warum soll man begründen müssen, wenn nur eine Person drauf ist, aber nicht begründen müssen und eine Reihung machen, wenn es mehrere Personen sind, die auf den Besetzungsvorschlag kommen? Warum ist das wichtig, dass die Auswahlkommission nach meinem Vorschlag und meinem Antrag eine begründete Reihung vorzunehmen hat? Weil es zu einer weiteren Objektivierung beiträgt und eventuell auch Postenschacherei vorbeugend entgegenwirken soll. Eine Auswahlkommission ist ein Gremium von Experten. Die befassen sich sehr intensiv mit den Kandidaten und es ist ihnen absolut zuzutrauen und zuzumuten, dass sie in ihrer Begründung auch schon eine Reihung vornehmen. Was ist der Effekt dieser Reihung? Dass der Zuständige entscheidet, ich will sagen, der immer im Amt befindliche Personalstadtrat, von einer begründeten Reihung schwerer abweichen kann, als von einer freien nicht-gereichten Auswahl. Daher mein

Antrag,

zunächst einmal den § 2 Abs 1 wie folgt zu ändern, ich lese nicht den ganzen Punkt vor, es geht nur um das Wort und statt oder. § 7 wird wie folgt geändert, ich lese nicht das Ganze vor, ich sage nur, die Auswahlkommission nimmt eine begründete Reihung vor,

anstatt, dass keine Reihung vorzunehmen ist. Und folgerichtig müsste dann der § 13 Abs 1 auch abgeändert werden, dass der Bericht beinhaltet, die verbale Beschreibung der für die Besetzung des Dienstpostens geeigneten Bewerber:innen mit begründeter Reihung. Stimmen Sie bitte dieser weiteren Objektivierung zu. Es wäre im Sinne der Transparenz und der Objektivität in der Stadt bei Postenbesetzungen ein wichtiger Schritt. Danke (Appl.).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die neuliche Änderung der Objektivierungsrichtlinie ist grundsätzlich zu begrüßen, doch fehlt mit einer begründeten Reihung der Bewerber:innen ein essentieller Bestandteil jeder objektiven Bewertung. Außerdem ist es schwer erklärlich, warum Dienstposten der Entlohnungsgruppen a und b nicht zwingend öffentlich auszuschreiben sind.

Bezüglich § 2 Abs 1 ist folgendes zu sagen:

Dienstposten der Entlohnungsgruppen a und b erfordern einen universitären Abschluss oder den Abschluss einer höheren Schule, sind daher in einer sehr verantwortungsvollen Kategorie angesiedelt. Daher ist es unverständlich, dass diese Dienstposten nicht zwingend öffentlich, sondern bisher nur öffentlich oder magistratsintern auszuschreiben sind.

Bezüglich § 7 Abs 3 und § 13 Abs 1 ist folgendes zu sagen:

Durch die vorliegende geplante Änderung des § 7 Abs 3 kommt es zu einer Begründungspflicht im Besetzungsvorschlag im Falle der Aufnahme einer einzigen Person in den Vorschlag. Dadurch erscheint es völlig unlogisch, dass die Auswahlkommission im Falle der Aufnahme mehrerer Kandidaten in den Besetzungsvorschlag keine begründete Reihung vornehmen muss. Dadurch erscheint die Objektivierungsrichtlinie legislativ mangelhaft.

Zudem können parteipolitisch motivierte Besetzungen nur ausgeschlossen werden, wenn die Hearing-Kommission eine begründete Reihung vornehmen muss.

Im Sinne echter Transparenz und einer verantwortbaren Personalpolitik gegenüber den Grazer Bürgerinnen und Bürger, stelle ich gemäß § 21 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Graz folgenden

Abänderungsantrag:

1) *§ 2 Abs 1 wird wie folgt geändert:*

Die Besetzung von Dienstposten der Entlohnungsgruppe a und b ist öffentlich und magistratsintern auszuschreiben; Aufnahmen in anderen Entlohnungsgruppen können ausgeschrieben werden. Eine öffentliche Stellenausschreibung ist auf die Website der Stadt Graz zu stellen. Darüber hinaus kann eine Ausschreibung in geeigneten Tageszeitungen oder sonstigen (sozialen) Medien erfolgen.

2) *§ 7 Abs 3 wird wie folgt geändert:*

Auf der Grundlage des Hearings erstellt die Auswahlkommission einen Besetzungsvorschlag an die Personalreferentin/den Personalreferenten. Dieser Vorschlag beinhaltet die verbale Beschreibung der für die Aufnahme geeigneten BewerberInnen. Die Auswahlkommission nimmt eine begründete Reihung vor. Nimmt die Auswahlkommission nur eine einzige Person in den Besetzungsvorschlag auf, ist diese besonders zu begründen; unter Wahrung der Datenschutzerfordernisse ist konkret darzulegen, warum die anderen Bewerber:innen nicht geeignet sind. Die Personalreferentin/Der Personalreferent hat die Personalauswahl auf der Grundlage des Besetzungsvorschlages zu treffen.

3) *§ 13 Abs 1 wird wie folgt geändert:*

Das Personalamt hat der Personalreferentin/dem Personalreferenten einen begründeten Bericht über das Ergebnis der Bewerbungsgespräche zu übermitteln. Der Bericht beinhaltet die verbale Beschreibung der für die Besetzung des Dienstpostens geeigneten BewerberInnen mit begründeter Reihung. Der Bericht ist der/dem Vorsitzenden des Zentralausschusses und der/dem Gleichbehandlungsbeauftragten zur Information zu übermitteln. Die

Personalreferentin/Der Personalreferent hat die Besetzung des ausgeschriebenen Dienstpostens auf der Grundlage des Berichtes vorzunehmen.

KO GR Dreisiebner:

Danke für den Abänderungsantrag, Kollege Philipp Pointner. Ich weiß es zu schätzen, dass du sehr engagiert für Transparenz kämpfst, das tun viele andere auch. Und ich denke, die Objektivierungsrichtlinien, wie sie in der Form jetzt beziehungsweise mit diesen zusätzlichen Abänderungen, die gestern im Personalausschuss auch einstimmig angenommen worden sind, vorgelegt werden, grundsätzlich etwas sind, auf das man immer wieder schauen muss, wo man unter Umständen auch Verbesserungen immer wieder anzielen muss. Aber deine beiden Punkte, wir haben das gestern im Personalausschuss auch sehr breit und eingehend diskutiert, klingen gut, das gestehe ich zu, es ist allerdings so, dass es bei der einen Forderung, dass Ausschreiben immer öffentlich und intern im Magistrat machen zu müssen, gute Gründe gibt in ganz wenigen Fällen, das nicht zu tun. Und zwar haben wir das gestern dargestellt an einem speziellen Fall, wo es um eine in einer Behörde liegenden Leitungsfunktion im mittleren Ausmaß, nennen wir es einfach Teamleitung, gegangen, wo es einfach unbedingt erforderlich ist, in dieser Behörde eine Vorerfahrung als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter zu haben, die Praxis zu haben, die Gegebenheiten und die Rahmenbedingungen zu kennen. Eine Ausschreibung nach außen hin würde wahrscheinlich ergeben, dass Menschen, die sich da bewerben, am Ende keine Chance haben, weil die Interna für sie in dieser Funktion nicht ausreichend erfasst und bewältigt werden können, als Mitarbeiterin die das dann im zweiten Schritt tut, nachdem sie in der Behörde angefangen hat, ist das natürlich kein Thema. Insofern, und das sind ganz wenige Fälle, kann man sagen, man könnte es öffentlich ausschreiben, aber es würde dann Bewerber:innen mehr oder weniger vorgaukeln, sage ich jetzt einmal, und bitte verzeih mir das Wort, lieber Kollege, dass sie eine Chance hätten. Und daraufhin wollen wir dem nicht nahetreten. Das Zweite, heute haben diverse Tageszeitungen Verbalbeurteilungen für Stadtregierer:innen, aber auch

einige andere, Schulnoten abgegeben. Das, was du mehr oder weniger forderst, ist, eine 1-2-3-Ranking-Sache zu machen, eine qualitative Beurteilung der Bewerbungskommission wird dem Personalstadtrat vorgelegt, und ich denke, man kann ganz schnell auf 1, 2 oder 3 schauen, wichtiger wäre aber die mehr oder weniger umfassende qualitative verbale Beurteilung, soweit ich weiß ist Neos im Schulsystem ja eher für die qualitative verbale Beurteilung, als für das Schulnoten-Ranking. Also ich glaube, dass es besser ist, diese verbale Bewertung dem Personalstadtrat zukommen zu lassen, das auch noch in entsprechenden Gesprächen vertiefen zu können. Menschen sind natürlich unterschiedlich, aber in ihrer Unterschiedlichkeit können sie annähernd gleich gut beziehungsweise mit verschiedenen Stärken und Schwächen ähnlich geeignete Profile entwickeln. 1, 2 oder 3 würde immer von vorne herein eine Wertung, ein Ranking, wie es ja auch sagt, mit sich bringen, das dem entgegensteht. Deswegen, spannender Ansatz, ich würde auch gerne weiterdiskutieren, aber es verkürzt die Situation schon sehr, wenn man sagt, ich habe eine halbseitige, zusammenfassende Bewertung durch die Kommission oder ich habe erstens, zweitens, drittens. Deswegen, leider nein, aber diskutieren wir das gerne weiter (*Rest unverständlich*)
(*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Danke, Herr Klubobmann. Aus der eigenen Schullaufbahn weiß ich, dass es von Einsern bis Vierern alles schon gegeben hat bei mir. Das hat sich auch in meiner politischen Laufbahn und der Bewertung der Journalisten auch so in etwa bewegt, von zwei bis viel, einen Einser habe ich überhaupt noch nie gehabt, aber letztendlich ist man der gleiche Mensch und hoffentlich bleibt man auch bei den gleichen Ansichten und Überlegungen und die Bewertung anderer ist letztendlich immer auch eine subjektive.

GR Mag. **Pointner**:

Wertes Gremium, gestatten Sie mir nur eine kurze Replik zum § 2. Kollege Dreisiebner sagt, es ist in wenigen Fällen Vorerfahrung nötig und da wäre eine Ausschreibung nach außen sinnlos und das erweckt falsche Hoffnungen. Na ja, man sich aber auch positiv überraschen lassen. Warum will man sich wegen wenigen Fällen dieses Fenster gleich von vorne herein zu machen? Das ist nämlich keine stringente Begründung, das ist stimmt sogar eigentlich, das ist in wenigen Fällen. Warum nicht, wenn es in den meisten Fällen eh sinnvoll ist? Das ist der eine Punkt, im anderen Punkt noch nachgeschoben, einstimmig war der Beschluss im Ausschuss nur, weil meine Fraktion kein Stimmrecht hat. Wir werden natürlich der Objektivierungsrichtlinie zustimmen, aber wir werden auch unserem Antrag zustimmen. Schauen wir einmal, also der wird dann wahrscheinlich nicht einstimmig sein, aber die Objektivierungsrichtlinie wird, da sie verbessert wird, einstimmig durchgehen. Nehme ich an, ich greife niemandem vor. Ich sage nur noch einmal, es ist durchaus üblich eine Reihung vorzunehmen im gesamten universitären Bereich. Es ist ein Missverständnis, natürlich, es ist eine qualitative Beurteilung, das sind graduelle Sachen, aber es geht um die Transparenz beim Entscheider, und das ist der Personalstadtrat, und der soll ein bisschen, wie soll man es so schön sagen, kanifelt werden, dass er es nicht ganz so leicht hat, dass er irgendjemanden nimmt, sondern der muss halt dann, oder die Personalstadträtin, die vielleicht auch kommen mag irgendwann, die soll auch in eine erhöhte Begründungspflicht kommen, warum jetzt Nummer 3 und nicht Nummer 1. Und daher der Antrag nach meiner Sicht, transparent, objektivierend und total sinnvoll (*Appl.*).

StR **Eber**:

Vielen Dank, der Kollege Karl Dreisiebner hat eigentlich eh schon alles Notwendige ausgeführt. Ich möchte nur noch einmal unterstreichen, was den ersten Punkt angeht, also die unbedingt verpflichtende öffentliche Ausschreibung, wie es der Kollege Pointner fordert. Es gibt eben diese bestimmten Einzelfälle, wo die Vorerfahrung im Magistrat in einer bestimmten Abteilung einfach absolut notwendig

ist und eine öffentliche Ausschreibung würde nicht nur bedeuten, dass man dann natürlich einen Mehraufwand im Personalamt erzeugt, auch höhere Kosten erzeugt, sondern vor allem eben auch die Möglichkeit vorspiegelt sozusagen, den externen Bewerberinnen und Bewerbern, dass sie eine realistische Möglichkeit hätten, die sie aber nicht haben, und deswegen versuchen wir natürlich, diese magistratsinternen Ausschreibungen auf ein Minimum zu reduzieren, das machen wir auch, und glaube, das hat sich auch in den letzten Jahren jetzt schon bewährt. Was den zweiten Punkt anbelangt, möchte ich auch nur ergänzen sozusagen, es gibt eben diese verbale Beschreibung, die oft natürlich auch sehr hilfreich ist, und ich möchte auch dazu sagen, es geht nicht darum, dass ich hier kanifelt werde oder auch nicht, sondern wir versuchen hier natürlich auch, dass nicht ich sozusagen irgendwie nach Lust und Laune dann entscheide, wer eine Stelle bekommt, sondern wir versuchen natürlich auch immer mit den Abteilungen beziehungsweise Referaten und wo diese Stelle halt ausgeschrieben wurde, halt auch das Einverständnis herzustellen, weil die natürlich auch bestimmte Wünsche dann oft haben, wer einfach besser in ein Team passt, wo man das Hauptaugenmerk hinlenkt, sind das die sozialen Komponenten sozusagen, ist das das Fachwissen, und natürlich auch das Gesamtbild. Von daher ersuche ich um Verständnis, dass wir diesem Abänderungsantrag nicht nähertreten können. Danke (Appl.).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina-Voit

**6.19 Stk. 3) A10/5-109152/2023/0001 Wiedereinführung des Naturschutzbeirats
der Stadt Graz; Fassung einer
Geschäftsordnung**

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen. Das ist mir ein großes Anliegen, ich war selbst lange in der Naturschutzjugend engagiert. Ich möchte mich vorweg beim Amt für Grünraum und Gewässer bedanken, auch beim neuen Naturschutzreferenten Michael Tiefenbach. Wir haben heute eingangs schon über den Wert der Bäume gehört vom Kollegen Pointner. Die Natur hat für uns insgesamt einen sehr hohen Wert, wir verwenden sie als Quelle für verschiedenste Ressourcen, wir verwenden sie als Senke für Abfälle, Abwässer und Abgase. Die Natur bringt uns saubere Luft, sauberes Wasser, ein stabiles Klima, fruchtbare Böden, Pflanzen, Tiere, die Bienen werden ja oft zitiert, wie wichtig die auch für uns Menschen sind. Aber die Natur hat auch einen Eigenwert, und auch das ist, glaube ich, sehr wichtig, nicht nur für uns Menschen, sondern sie ist einfach auch Lebensraum für andere Wesen auf diesem Planeten. In der Stadt ist der Raum natürlich dafür sehr begrenzt, aber trotzdem ist es wichtig, sich damit zu beschäftigen. Es gibt natürlich durch diese Begrenzungen ein hohes Pflichtpotenzial, der Raum ist ja nicht beliebig vermehrbar. Es gibt viele Probleme im städtischen Bereich, vor allem durch die Versiegelung, die wir sehen, es wird verschärft zurzeit durch Klimaveränderung, die wir erleben. Das heißt, es geht letzten Endes um sehr viel hinter diesem Wort Naturschutz und auch hinter dem Naturschutzbeirat. Es gab ja in Graz einen informellen Naturschutzbeirat, der vor einigen Jahren aufgelöst wurde, und der soll jetzt sozusagen neu, aber eben ein bisschen anders und besser, aufgesetzt werden. Ein Gremium zur fachlichen Beratung soll es sein, mit Mitarbeit von im Naturschutz tätigen Fachleuten, ganz dezidiert. Es soll aber nicht nur diesen Beirat geben, sondern auch ein Forum, da geht es dann darum, auch andere Stakeholder, die mit diesen Naturschutzthemen befasst sind, einzubinden. Wesentliche Erneuerungen sind eben

die Konkretisierung der Funktionen und Zwecke, eben ein beratendes Gremium aus ehrenamtlich tätigen Fachexperten zur fachlichen Beratung der zuständigen Abteilungen der Stadt Graz und dem dafür zuständigen Stadtsenatsmitglied. Dieses Gremium soll sich mit drängenden und grundsätzlichen die Stadt Graz betreffenden Fragen des Natur- und Artenschutzes befassen, die besonderen Erfordernisse des Lebensraum Stadt berücksichtigen, Stellungnahmen zu Projekten und Vorhaben der Stadt Graz verfassen und das Grazer Naturschutzforum, das neue, eben auch mitorganisieren und durchführen. Die Zusammensetzung ist so geplant, dass fünf ordentliche Mitglieder für eine Dauer von drei Jahren bestellt werden und dann weitere beratende Mitglieder an den Sitzungen teilnehmen, diese sind vor allem von den zuständigen Abteilungen der Stadt, Personen. Dieser Beirat soll zweimal pro Jahr tagen mit ordentlichen Sitzungen, mindestens zweimal pro Jahr, das heißt, es kann auch außerordentliche Sitzungen hier geben. Die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden, das heißt, das sind keine gemeinen Sitzungen, sondern das wird dann, soweit der Datenschutz das zulässt, auch transparent gemacht, und es wird auch einen jährlichen Tätigkeitsbericht mit anschließender Beschlussfassung durch den Gemeinderat geben. Das Naturschutzforum, das angesprochene, soll mindestens einmal im Jahr stattfinden als eine öffentliche Veranstaltung, mit Einbindung naturschutzinteressierter Personen und NGOs, da gibt es ja viele Stakeholder-Gruppen, die hier eben auch dazugehören. Es soll ein Diskussionsforum zu den aktuellen Themen sein, das dem gegenseitigen Austausch und der Vernetzung dient und wird eben auch durch eine geschäftsführende Stelle organisiert, gleich wie der Naturschutzbereit selbst, und diese geschäftsführende Stelle ist dann eben im Referat für Naturschutz in der Abteilung Grünraum und Gewässer verankert. Die sollen die ganzen Prozesse eben administrativ unterstützen und Sitzungen vorbereiten und eben auch organisieren. Insgesamt bildet die Geschäftsordnung einen integralen Bestandteil und ist dann im Bericht angeführt. Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem vorliegenden Bericht über die Geschäftsordnung des Naturschutzbeirates der Stadt Graz in der Fassung vom Juni 2023 wird zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Ich darf um Zustimmung bitten (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vorliegende Bericht über die Geschäftsordnung des Naturschutzbeirates der Stadt Graz in der Fassung vom Juni 2023 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Ich möchte mich vor allen Dingen für dieses Stück bedanken. Ich freue mich nämlich, ich habe tatsächlich den Naturschutzbeirat, wie es ihn früher gab, noch kennenlernen dürfen. Und ich muss sagen, es waren damals sehr lebende und vor allen Dingen auch produktive Diskussionen. Und ich glaube, man kann nichts mehr wertschätzen und für nichts lohnt es sich mehr zu kämpfen, als für den Schutz und den Erhalt der Natur. Das haben damals die Mitglieder alle sehr aktiv getan. Und, na ja, bevor er dann ganz abgedreht wurde, wurde er ja eigentlich stillgelegt sozusagen, und umso mehr freut es mich jetzt wieder, dass es diesen Naturschutzbeirat geben wird. Wir können dem Stück, so wie es ist, zustimmen. Dem Zusatz können wir leider nicht folgen, denn Landwirtschaftskammer und auch die Heimgärtner:innen in allen Ehren, aber primärer Auftrag dieser beiden Vereine ist nicht der Naturschutz. Also ich war selbst auf einer landwirtschaftlichen Schule, das kann ich guten Gewissens so sagen, und auch einmal Mitglied in einem Heimgartenverein. Aber die sind ja nicht ausgeschlossen, sondern es gibt dafür ja auch dieses Forum, in dem ja nicht nur NGOs, sondern eben auch genau diese beiden Institutionen Mitglieder sind und sich da auch aktiv einbringen können. Und deswegen kann ich dem neuen Naturschutzbeirat nur alles Gute wünschen und

ihm, glaube ich, im Namen der gesamten Koalition auch Unterstützung und Rückendeckung durch die Regierung zusagen (*Appl.*).

GR Dr. Piffel-Percevic:

Frau Bürgermeisterin, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, liebe Alle, wo auch immer, hier und im Netz. Der Naturschutzbeirat ist ein ganz wichtiges Instrument. Und ich möchte mich bedanken, dass sehr viel Mühe auch in der Vorbereitungsarbeit aufgewendet wurde, um hier wirklich ein nützliches Instrument zur Seite zu haben. Wer hat es zur Seite? Alle Abteilungen, die mit Grünraum in der Stadt zu tun haben. Das ist zum Beispiel, nur zur Illustration, 250 Hektar des Grünraums wird von der Holding bewirtschaftet. Wir haben 25 % unseres Stadtgebietes, das sind 127 m², das ist beachtlich, 25 % sind Wald, und 50 % alleine der Grüngürtel. Also unsere Stadt definiert sich über ihren Grünraum und das ist auch vielleicht der Grund, warum die Lebensqualitätsindikatoren auch immer eine pauschal hohe Zufriedenheit für die Bevölkerung ergeben, dass es sich um eine lebenswerte Stadt handelt. Aber das kommt nicht von selbst. Ich möchte mich bedanken bei allen, die sich für den Erhalt und die Pflege des Grünraums einsetzen, das sind aber nicht nur die sozusagen beamteten Bereiche, das Stadtgartenamt und so weiter, sondern das sind alle Grazer:innen, die einen Vorgarten haben, die einen Garten haben oder eine kleine Landwirtschaft bewirtschaften. Das sind aber auch insbesondere auch alle Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, die in ihren Verbänden zusammengefasst sind und auch sehr, sehr viele Landwirte. Und Kollegin Braunersreuther, die Landwirtschaftskammer ist kein Verein, das ist eine öffentlich-rechtlich Körperschaft, da gibt es Mitgliedschaften. Ich wollte das nur festhalten, damit hier kein Irrtum entsteht. Und wir sollten daher, und wir sind im wahrsten Sinne gut beraten, wenn wir uns auch von der Erfahrung, die in diesen letztgenannten Körperschaften und Vereinigungen ist, auch tagesaktuell beraten lassen. Es geht nicht darum, dass die Landwirtschaftskammer hier mitmischt, oder die Kleingärtner. Aber wer hat denn die naturschützende Arbeit täglich draußen? Unsere Mitarbeiter, aber jeder, der einen

Garten betreibt und jeder Landwirt. Da ist ein Erfahrungsschatz beachtlicherweise drinnen. Ich darf daher den

Zusatzantrag

stellen, dass man die Vertreter der Landwirte, kann man noch diskutieren, wer das dann ist, aber da gibt es viele gute Gremien, und die Vertreter unserer Kleingärtner:innen, da gibt es Verbände, die sind ausgewiesen, die sind auch österreichweit organisiert, mit beratender Stimme bezieht. Wir sollten die Betroffenen, die Haupthandelnden sind in der Natur für die Biodiversität, auch zu Beratern machen. Das ist der Grund meines Zusatzantrages. Und nicht nur einmal im Jahr zu einem Forum einladen, wie alle anderen interessierten Persönlichkeiten, ich verwende die Worte des Antrages. Jeder ist wertvoll, aber wir sollten uns gut strukturieren. Ich ersuche daher im Zusatzantrag, diese zwei Bereiche mit beratender Stimme aufzunehmen, stattzugeben (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Naturschutzbeirat soll zur fachlichen Beratung der für den Naturschutz zuständigen Abteilungen der Stadt Graz sowie des zuständigen Stadtsenatsmitgliedes eingerichtet werden.

Unsere Landschaftsgärtner per se sind zusätzlich zu allen Grazerinnen und Grazern, die in ihren Gärten und Grünanlagen einen wertvollen Beitrag für eine artenreiche und lebenswerte grüne und lebendige Umwelt leisten, vor allem unsere Land- und Forstwirte sowie unsere Kleingärtner, die dies mit besonderer Intensität, Liebe und Sachkenntnis tun und einen ebenso tagtäglichen und flächendeckenden unverzichtbaren Beitrag zum Naturschutz in unserer Stadt leisten.

Alle Maßnahmen des Naturschutzes können nur dann erfolgreich und relevant sein, wenn auch der Personenkreis unserer Landwirte und unserer Kleingärtner:innen von Anfang an in die Agenda des Naturschutzes – eben beratend – und nicht nur fallweise gemeinsam mit sicher ebenso wertvollen „naturschutzinteressierten Personen und NGOs“, wie es im Naturschutzforum im Punkt 4 der vorliegenden Geschäftsordnung vorgesehen ist, mindestens einmal im Jahr zu einer Veranstaltung einzuladen sind.

Daher stelle namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Zusatzantrag:

Als weitere beratende Mitglieder des neuen Naturschutzbeirates der Stadt Graz sind ein bzw. eine Vertreter:in der Grazer Landwirte sowie ein beziehungsweise eine Vertreter:in der Grazer Kleingartenverbände als ständige Mitglieder vorzusehen bzw. aufzunehmen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.53 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich habe mich jetzt eigentlich nur zu Wort gemeldet, weil ich habe beim Zusatzantrag jetzt genauestens zugehört und aufgepasst, und möchte dir in dem Befund, wie wertvoll eigentlich unsere Landwirte und durchaus auch die Heimgärtner in ihrer gesamten Geschichte sind. Weil wir wissen alle, warum die entstanden sind und dass auch total erfreulich ist, nämlich zu sehen wieder, dass man mehr zurückgeht in Richtung, wirklich auch selbst mehr Gemüse anzubauen. Und diese Sehnsucht ist ganz groß auch bei vielen, vielen jüngeren Familien. Und jeder, der von Ihnen auf Heimgartenfeste geht oder Kontakt hält, weiß das. Und ich habe mir das erst vor kurzem gedacht, als ich gestern die Ziehrerstraße herunterfahren bin zu einer

Mieterversammlung, wie super das ist, dass es hier eine riesige, große Heimgartenanlage links und rechts gibt, die ein bisschen Puffer ist und eben nicht verbaut wird, und wir sehen, was hier bei der Kirchnerkaserne auch entsteht. Also das ist alles ganz wertvoll. Also als Fläche für Grün, aber auch dort, was Kenntnis, Wissen bedeutet. Und trotzdem, da rede ich jetzt auch aus Erfahrung, Naturschutzbeirat, vieler, vieler Jahre in der Vergangenheit, das war ein riesengroßes Gremium, ich kann mich noch erinnern, als der Alt-, oder der frühere Bürgermeister, weil so alt ist er noch nicht, Nagl dem vorgestanden ist, und dem Moment, wo er das zurückgelegt hat, ich ihn sogar verstehen habe können, weil hier ein/zwei Teilnehmer waren, die ihn in unflätigster Weise eigentlich hier angegangen sind, und das eine lange Geschichte hat, aber man kann, es ist ein Beirat, es ist kein Ausschuss, und glauben Sie mir, je größer diese Beiräte werden mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern, mit unterschiedlichen Zugängen, desto komplizierter ist es hier, etwas auf den Boden zu bekommen, und da rede ich echt aus Erfahrung, glauben Sie mir. Und deshalb gibt es ja die Kleingartenkommission, wo ja auch Vertreter:innen verschiedenster Parteien dabei sind, und wo es wichtig ist, diesen Erfahrungsschatz durchaus zusammen bringen, auch für uns in der Politik, selbstverständlich, aber ich würde beim besten Willen das nicht zusammenführen, weil die Heimgärtner:innen ja natürlich auch andere Anliegen und Sorgen haben, die speziell sind und ich kann mir hier nicht vorstellen, dass hier etwas Gutes zusammenkommt. Aber auf jeden Fall, ja, dass man hier natürlich diesen Erfahrungsschatz immer einbringen muss, weil es etwas Besonderes ist. Und ich glaube, das bestreitet auch niemand, keine einzige Fraktion, weil für das sind diese Einrichtungen viel zu wertvoll (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13.56 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich kann direkt anschließen. Ich möchte mich vor allem erstens einmal bedanken, dafür, an unseren neuen Naturschutzbeauftragten, den Michael Tiefenbach, der in der Abteilung für Grünraum und Gewässer ist, und gemeinsam mit anderen in der Abteilung diese neue Geschäftsordnung erarbeitet hat. Und ich kann nur ergänzen, das ist tatsächlich aufbauend auf den Erfahrungen der Vergangenheit, teilweise auch nicht so guten Erfahrungen, die auch mir kolportiert worden sind, und deswegen der Versuch einer Neuausrichtung, wo man in ein konstruktives Arbeiten gehen kann, und deswegen soll diese konstruktive und diese zielorientierte Mitarbeit von mit im Naturschutz tätigen Fachleuten. Was aber nicht heißt, dass die erwähnten Interessensvertreter und -vertreterinnen nicht auch eingeladen werden können, weil, wenn man die Geschäftsordnung genau liest, dann ist dort auch erwähnt, dass im Anlassfall weitere Expert:innen oder Auskunftspersonen zu einzelnen Sitzungen oder Tagesordnungspunkten auch eingeladen werden können, wenn es Themen gibt, die die Heimgärten anbelangen oder auch wo von der Landwirtschaftskammer Vertreter:innen notwendig wären. Aber im Grunde geht es sonst um das Interesse des Naturschutzes in unserer Stadt, und dass diese Leute aus Naturschutzbund, Naturschutzjugend oder auch der Zoologie unseren Fachexperten und -expertinnen in den Abteilungen zur Verfügung stehen. Das ist Sinn und Zweck des neuen Gremiums. Und dazu gibt es eben neu dieses Naturschutzforum, wo wir große Themen diskutieren können und der Einladung und der Einbeziehung vieler Stakeholder und Stakeholderinnen, und ich bin sehr zuversichtlich, dass und das gelingt, ganz viele Menschen in diesem Sinne, die an Naturschutz in unserer Stadt interessiert sind, einzuladen, zu diesem Dialog. Und ich freue mich, wenn wir das jetzt starten können und beginnen, und dann können wir immer noch schauen, wie sich das bewährt mit der neuen Geschäftsordnung. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön. Möchte der Antragsteller noch ein Schlusswort?

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Vielleicht noch einen Satz ...

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Bürgermeisterin, Frau Kollegin Unger hat sich noch zu Wort gemeldet.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Bitte, Frau Gemeinderätin Unger.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte nur noch einmal eine Lanze für den Zusatzantrag brechen ausfolgendem Grund. Das ist jetzt sehr ausführlich erklärt worden, dass sowohl die Heimgärten, als auch vor allem die Landwirte und Landwirtinnen in der Stadt sehr geschätzt sind, aber in diesem Gremium sozusagen nur auf Einladung stattfinden sollen. Ich möchte zwei Dinge dazu sagen. Das eine ist, Biodiversität ist im Moment ein Schlagwort, das sehr, sehr prominent ist platziert wird, das aber extrem wichtig ist, das wissenschaftlich, aber vor allem in der Praxis umgesetzt wird und umgesetzt werden soll. Und aus diesem Grund wäre diese Schnittstelle zu den Bereichen der Landwirtschaft und auch der Kleingärten aus meiner Sicht, nämlich mit einem ganz leichten und einfach zu Hand habenden Zugang gut umzusetzen. Das wäre ein Gewinn für dieses Gremium. Biodiversität ist das eine, und das andere ist, wir reden sehr viel von Regionalität und ähnlichen Dingen, je mehr Expertise wir auch in diesem Bereich einbringen und die Vernetzung von Naturschutz und auch der praktischen Anwendung, auch von Versorgung, vom Marktwesen und Ähnlichem mehr gewährleisten können, desto besser wäre es für uns alle. Aus meiner Sicht ist das sehr einfach umzusetzen, es sind zwei Personen, es gibt auch viele Beiräte, die ausgesprochen groß sind, ich darf selbst in einigen drinnen sitzen, die auch

funktionieren, obwohl da mehr als fünf Leute drinnen sitzen, das ist jetzt etwas überspitzt formuliert, aber ich würde bitten, das wirklich noch einmal zu überdenken, am besten für unsere Stadt. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Vielleicht doch noch ein bisschen mehr als einen Satz. Wie wertvoll die Arbeit wirklich ist, das ist jetzt eh mehrfach betont worden von Landwirten, Landwirtinnen, Kleingärtnern, etc. Wenn man aber schaut, wer sind die anderen beratenden Mitglieder? Dann ist das wirklich aus der Verwaltung, aus der Holding, also die Stelle sozusagen innerhalb der Stadt, die mit dem Naturschutz befasst sind. Das sind jetzt keine externen Stakeholder dabei. Ich verstehe natürlich die Logik, dass man sagt, man hätte gerne auch andere mit dabei, die jetzt sich mit diesem Thema beschäftigen, weil dann müsste man sich auch fragen: Wer müssten dann noch hineinkommen? Weil das sind dann sicherlich wieder nicht nur die Landwirte und die Kleingärten, sondern, dann hat man wieder viele andere Gruppen und bekommt das wieder einen anderen Charakter, weil man hat dann in diesem Gremium dezidierte Interessenskonflikte. Also es gibt natürlich immer bei Landwirten Interessenskonflikte, und die muss man ja auch austragen, diese Interessenskonflikte, dafür gibt es ja dann ...

*Zwischenruf GR Dr. **Piffel-Percevic** unverständlich.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

... ja, aber in diesem Gremium, das ist ein Fachgremium, das soll die Politik und die Verwaltung fachlich beraten, und dafür gibt es ja andere Gremien dann, den Landwirtschaftsrat zum Beispiel, oder was auch immer, die dann halt auf der landwirtschaftlichen Seite die Politik beraten. Also da gibt es entsprechend dann die jeweiligen Gremien. Das ist das Gremium für den Naturschutz, das soll entsprechend

hier die Beratung machen, und da sollen jetzt dann eben noch die Mitglieder gesucht werden, das wollte ich eigentlich vorhin noch sagen, als den einen Satz. Und dann soll dieser Beirat dann im Herbst das erste Mal zusammenkommen. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina-Voit

**6.20 Stk. 4) A10/8-174739/2022/0008 Masterplan Gehen Graz
– Teil 1: Analyse und Ziele**

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Dankeschön. Danke vorweg auch hier diesmal an unsere neue, oder relativ neue, Fußgänger:innenbeauftragte Renate Platzer, die hier sehr viel Zeit investiert hat, um diesen Masterplan Gehen eben hier auf den Weg zu bringen. Ich bin den öfter in Graz zu Fuß unterwegs und Sie wahrscheinlich auch, ihr wahrscheinlich auch. Wenn man sich den Weg zum Geidorfplatz zum Beispiel von hier, vom Rathaus aus, anschaut, dann ist das ein Weg, der von sehr vielen Menschen zu Fuß zurückgelegt wird. Warum ist das so? Es ist abwechslungsreich, man hat etwas zum Schauen, zuerst in der Stadt, dann kommt man in den Stadtpark, dort ist es beschattet, das ist angenehm, es ist breit, es ist sehr wenig Kfz-Verkehr, oder teilweise gar kein Kfz-Verkehr. Also man kommt hier gut voran, es ist komfortabel, es ist nicht einmal so voll, weil es gibt eine Höhendifferenz, aber dennoch gehen hier sehr viele Leute auf diesem Weg. Wenn man anders wo unterwegs ist, dann hat man viel Kfz-Verkehr, schmale Gehsteige, zum Teil Hindernisse, es ist heiß, es ist nicht beschattet, die Straße ist uneben oder es gibt überhaupt keine Gehsteige, wie es leider im Stadtrandgebiet oft der Fall ist. Jetzt

haben wir derzeit 21 % Fußverkehrsanteil an den Wegen. Wir hatten da einmal mehr, in 80er-Jahren, wenn man zurückschaut zum Beispiel über 30 %. Da kann man sagen, ok, damals war alles super, aber das war jetzt nicht, weil wir in den 80er-Jahren so eine tolle Fußinfrastruktur gehabt haben, sondern weil einfach weniger Kfz vorhanden waren, weniger Menschen einen Führerschein gehabt haben, ältere Menschen keinen Führerschein besessen haben oder kein Kfz und einfach aus Gewohnheit zu Fuß unterwegs waren. Es gab damals auch weniger Verkehr. Also das alles erklärt, warum wir damals einen höheren Fußverkehrsanteil hatten. Jetzt brauchen wir andere Maßnahmen, wenn wir die Leute dazu bewegen wollen, dass sie mehr gehen, nämlich eine bessere Infrastruktur. Und genau dorthin zielt eben auch dieser Masterplan ab. Der Masterplan hat zwei Teile, im ersten Teil, der eben heute zur Beschlussfassung steht, geht es um eine Analyse und es geht um Ziele, also wohin dann das Ganze gehen soll. Um das zu erarbeiten gab es Beteiligungs-Workshops, nämlich drei Beteiligungs-Workshops, wo Ziele abgestimmt wurden, Handlungsfelder definiert wurden, wo Probleme und Maßnahme auch eingeholt wurden, einmal mit der Stadtverwaltung, einmal in seinem sehr breit angelegten Stakeholderdialog mit Interessensvertretern, Initiativen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Tourismus, öffentlicher Verwaltung und Unternehmen. Und einmal auch mit der Politik, mit Mitgliedern des Verkehrsausschusses und Bezirksvorstehern und Bezirksvorsteherinnen. Auf diese Basis wurden dann Ziele entwickelt, die jetzt eben hier zur Beschlussfassung vorliegen, konkret sind es viel Ziele. Das erste Ziel, Graz lädt mit attraktiven Wegen und Plätze zum Zufußgehen und Verweilen ein, dazu gehören ein hoher Gehkomfort und eine gerechte Flächenverteilung, eine klimaresümierende Gestaltung des öffentlichen Raums und ein attraktiver Aufenthalt im öffentlichen Raum. Das zweite Ziel, Graz ist eine Stadt der kurzen Wege, so steht es ja auch schon bisher im Mobilitätskonzept der Stadt, also ein engmaschiges und lückenloses Fußwegenetz und auch gestärkte Stadtteilzentren, als ein sehr wichtiges Element der kurzen Wege. Drittes Ziel, Graz bietet ein sicheres, gesundes und komfortables Umfeld für Zufußgehende, insbesondere für Kinder, Jugendliche und Senior:innen mit sicheren Straßenräumen, mit barrierefreier Mobilität, mit einer systematischen Entschärfung von Gefahren und

Unfallstellen und mit einer Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens im öffentlichen Raum. Und als viertes Ziel, Graz schafft Bewusstsein für eine selbstbestimmte Mobilität mit Priorität auf das Gehen, Radfahren und den öffentlichen Verkehr mit einem Informationstransfer an die Bürger:innen, mit einem Mobilitätsmanagement und einer Bewusstseinsbildung und Anreizen für das Zufußgehen. Diese Ziele sollen, wie gesagt, heute beschlossen werden bis Ende Oktober soll dann der zweite Teil erarbeitet werden. Da geht es dann um Monitoring und Zielevaluierung, um einen Kriterienkatalog für die Priorisierung der Projekte, um konkrete Maßnahmen, bestehen aus Maßnahmenbündel und Einzelmaßnahmen, und eine Auswahl von mindestens acht Umsetzungsprojekte und Leitprojekten. Dieser zweite Teil soll dann im November 2023 dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt werden. Für heute stellt der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt
2. Der beigelegte Masterplan Gehen – Teil 1: Analyse und Ziele wird beschlossen.

Danke (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt*
- 2. Der beigelegte Masterplan Gehen – Teil 1: Analyse und Ziele wird beschlossen.*

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream und auch auf der Galerie, wie ich gerade sehe. Ich gehe jetzt ein paar Jahre zurück, wenn ich das so sagen darf, weil ich bin eher ein Walker als ein Biker, wenn ich das so sagen darf,

oder ich benutze sehr stark das öffentliche Verkehrsmittel. Und jetzt gehe ich fünf Jahre zurück, mit Bericht an den Gemeinderat vom 15. November 2018, also noch in der letzten Legislaturperiode, die GZ habe ich angegeben, wurde eine Projektgenehmigung für Fußverkehrsmaßnahmen über 1,2 Millionen Euro, damals noch in der AOG 2019-2020 für folgende Bereiche erteilt, also wir haben eine Fülle an Gehsteigmaßnahmen, Gehsteiglückenschlüsse angeführt, Schwarzer Weg, Hafnerstraße, Herrgottwiesgasse, Puchstraße, Laboratoriumstraße, Sternäckerweg, Kasernstraße, ganz wichtig, dann auch Maßnahmen im Rahmen von Sanierungen, die ja zu diesem Zeitpunkt zumindest in Angriff genommen werden sollten oder geplant wurden. Und die finanzielle Bedeckung war eben dieser AOG mit 1,2 Millionen Euro vorgesehen. Ich habe dann im heurigen Jahr im Februar eine bezugshabende Frage, betreffend Umsetzung dieser Projekte gestellt und habe dann im Schreiben zwei Tage später dankenswerterweise die Antwort bekommen mit dem mehrfachen Hinweis auf fehlende personelle Ressourcen, also das ist damals für mich doch verständlich gewesen, dass also die personellen Ressourcen für diesen Zeitraum, „immerhin fünf Jahre“, wenn ich das so unter Anführungszeichen anmerken darf, hier wurde dann eine Dienststelle geschaffen mit einer Fußgänger:innenbeauftragten, die Frau Ing. Platzer, ist heute schon angesprochen worden. Und diese Stelle sollte nun, so denke ich jedenfalls, diese offenen Projekte, die angeführt wurden, hier koordinierend zumindest einmal in die Planung beziehungsweise auch in die Umsetzung bringen. Darüber hinaus muss beispielsweise, und das ist ein geringer Bruchteil auf frühere Forderungen zum Ausbau des Gehsteignetzes, auf die von Grazer Bezirksvertretungen, also die kommen immer wieder mit Anträgen einerseits auch zu uns Gemeinderäten, aber auch direkt an die zuständigen Stellen, hingewiesen werden, da gibt es größtenteils einstimmige Beschlüsse, „jede Menge“, wenn ich das so unter Anführungszeichen so sagen darf. Ich habe einige Beispiele, nur ein Bruchteil, beispielsweise angeführt, in St. Leonhard, in Geidorf, in Gösting, Wetzelsdorf, Straßgang. Überall gibt es schon eben viele Jahre, bis hinauf zum heutigen Tag, Anträge, die eben aus der Bevölkerung beziehungsweise aus den Bezirksvertretungen gekommen sind. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Zusatzantrag:

Ganz klar, dass das im ersten Teil da ist, aber ich denke, man sollte schön langsam ins Gehen kommen, wenn ich das so sagen darf.

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die vorgenannten Projekte einschließlich der zwischenzeitlich, also inzwischen, in diesen fünf Jahren, sind dann wieder mehrfache beispielsweise angeführte Projekte gekommen, mittels mehrfacher Gemeinderats- und Bezirksratsanträge eingebracht und geforderten Gehsteigmaßnahmen in Fortsetzung und Weiterführung des vorliegenden Masterplans Gehen Graz – Teil 1: Analyse und Ziele, heute schon angesprochen, und wir stimmen auch zu klarerweise, wo ja auch Bundesmittel, das ist ja ein wesentlicher Punkt, lukriert werden können, umgehendst, und das ist für uns sehr wichtig, damit wir auch die Kommunikation mit den Bezirken herstellen können, umgehendst in eine Vorhabensliste einzupreisen und vorrangig einer Umsetzung zuzuführen. Darüber ist dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung in der Septembersitzung zumindest in Form eines Zwischenberichtes zu berichten, damit man nach draußen kommunizieren kann, ja, es werden diese Projekte eingepreist in einer bestimmten zeitlichen Reihenfolge. Ich bitte um Annahme dieses Zusatzantrages. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Mit Bericht an den Gemeinderat vom 15. November 2018,

GZ: A 10/8-107784/2018/0001 und A 8-77397/2017-37, wurde eine

Projektgenehmigung Fußverkehrsmaßnahmen über € 1.200.000,00 in der AOG 2019-2020 für folgende Bereiche erteilt:

Gehsteiglückenschlüsse:

*Schwarzer Weg, Gehsteig im Abschnitt Nr. 58 bis Nr. 84 und im Bereich Nr.13
durchgehend bis zur GKB-Bahnübersetzung*

Hafnerstraße, Gehsteig im Bereich Nr. 40 bis Nr. 70

Herrgottwiesgasse, Gehsteig im Abschnitt Nr. 265 bis Am Brauquartier

Puchstraße, Gehsteig im Bereich Markusgasse bis Fasanturmweg

Laboratoriumstraße, Gehsteig

Sternäckerweg, Gehsteig im Bereich von Nr. 116 bis Messendorfgrund

Kasernstraße, Gehsteig im Bereich von Nr. 43 bis Nr. 77

Maßnahmen im Rahmen von Sanierungen:

Bergstraße 46, Stützmauersanierung und Gehsteig von Nr. 42 bis Nr. 46

Baiernstraße 133, Stützmauersanierung und Gehsteig

Baiernstraße/Bergstraße, Stützmauersanierung und Gehsteig

Wagnesweg, Stützmauer und Gehsteig

Starhemberggasse, Gehsteigsanierung

*Für diese Projekte wurde bereits in der AOG 2019-2020 eine finanzielle Bedeckung
vorgesehen.*

*Die bezughabende Frage vom 14.2.2023 betreffend Umsetzung dieser Projekte wurde
mit Schreiben vom 16.2.2023 mit mehrfachem Hinweis auf fehlende personelle
Ressourcen beantwortet. Mittlerweile wurde mit der Fußgängerbeauftragten eine
Dienststelle geschaffen, welche die noch offenen Projekte koordinierend umsetzen sollte.*

*Darüber hinaus muss – beispielsweise – auf folgende Forderungen zum Ausbau des
Gehsteignetzes, auf die von Grazer Bezirksvertretungen hingewiesen wird, Bedacht
genommen werden:*

St. Leonhard: Verbreiterung des Geh- und Radweges am Leonhardgürtel

- Geidorf: Verbreiterung der Muruferpromenade*
- Gösting: Lückenschluss zwischen Gösting und Eggenberg in der Göstinger Straße*
Gehsteig bzw. sichere Überquerungsmöglichkeiten in der Thalstraße
- Wetzelsdorf: Gehsteig in der Laboratoriumstraße und Lückenschluss in der Harterstraße (mit einer Ampelanlage im Kreuzungsbereich mit der Grottenhofstraße)*
- Straßgang: Gehsteige in der Weblinger Straße und Nittnergasse*

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Zusatzantrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die vorgenannten Projekte einschließlich der zwischenzeitlich mittels mehrfacher Gemeinderats- und Bezirksratsanträge eingebrachten und geforderten Gehsteigmaßnahmen in Fortsetzung und Weiterführung des vorliegenden Masterplans Gehen Graz – Teil 1: Analyse und Ziele umgehendst in eine Vorhabensliste einzupreisen und vorrangig einer Umsetzung zuzuführen.

Darüber ist dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung in der Septembersitzung zu berichten.

GR Ing. **Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer. Ja, auch ein Gedanke von mir zu diesem Hauptgemeinderatsstück aber auch zum Zusatzantrag. Wir stehen hier jeden Monat und beschließen dann einen Haufen von Masterplänen, es wird immer mehr Papier produziert, aber in der Praxis scheitert es dann. Der Kollege Topf hat schon aufgezählt, welche Gehsteige schon alle beschlossen sind, und immer noch fehlen. Ich erinnere

auch einen Speziellen in meinem Heimatbezirk Wetzelsdorf, auch da fehlt noch die Laboratoriumstraße. Ein Projekt, das ich jetzt auch schon mittlerweile mehr als fünf Jahre im Auge habe, auch dort gibt es schon einen Finanzbeschluss, seinerzeit einmal die Frau Bürgermeister als Verkehrsstadträtin zuständig, jetzt Sie, Frau Schwentner, also Verkehrsstadträtin, und wir produzieren jetzt wieder ein Papier und eine Beauftragte aber in der Praxis scheitert es dann leider. Und daher schon mein Schluss, oder ein Appell, bitte nicht noch länger darüber reden und Papier produzieren, sondern in die Umsetzung gehen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Genau das tun wir auch, und deshalb gibt es ja auch sehr viele Baustellen, die Sie wiederum ja auch in anderer Hinsicht dann wieder kritisieren. Das ist genau das, weil wir eben sehr viel auch umsetzen und tun (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream und auch oben auf der Galerie. Ich habe jetzt gerade den gleichen Gedanken gehabt wie die Frau Bürgermeisterin. Also ich glaube, einige im Gemeinderat müssen sich entscheiden, was sie uns jetzt vorwerfen. Sind es jetzt die vielen Dinge, die umgesetzt werden, die vielen Baustellen, oder sind es sozusagen zu wenige Maßnahmen und zu viel Papier. Irgendwie geht es sich nicht ganz aus, sozusagen die beiden Vorwürfe miteinander. Aber kommen wir zum Thema zurück, also wir ziehen ja bei diesem Thema völlig an einem Strang, wir sind alle einer Meinung, es ist wirklich essenziell und wichtig, dass wir etwas weiterbringen für all die Menschen in unserer Stadt die zu Fuß gehen. Insbesondere die Randbezirke haben dann große Probleme, ich wohne mittlerweile selbst in einem Randbezirk und weiß, dass es gerade viele Familien mit kleinen Kindern in die Randbezirke zieht, weil sie sich mehr Grün erhoffen, Nähe zur Natur und so weiter und so fort. Und dann ist es natürlich

besonders bitter, wenn dort sehr viel Autoverkehr ist, wenn es keine Gehsteige gibt oder extrem schmale Gehsteige, und dann eben gerade Kinder sich nicht eigenständig zur Schule bewegen können, nicht eigenständig im Alltag unterwegs sein können. Also da ist ein Riesen Handlungsbedarf, und ich freue mich, dass hier auch schon wahnsinnig viel passiert. Wir haben mit der Schaffung der Stelle der Fußgänger:innenbeauftragten den ersten wichtigen Schritt gesetzt, dass es einfach eine zentrale Person gibt, die diese ganzen Projekte koordiniert und vorantreibt im Magistrat, war eine lange Forderung von uns, und jetzt gibt es diese Stelle. Danke auch für den Zusatzantrag an Georg Topf, wir sind inhaltlich voll deiner Meinung. Das sind alles wichtige Projekte, die du vorschlägst und die auch alle an Berücksichtigung finden. Wir werden dem Zusatzantrag jetzt aber nicht zustimmen, einfach deswegen, weil wir auch der Arbeit der Fußgängerbeauftragten nicht vorgreifen wollen. Wir haben sie ja genau dafür, dass sie verschiedene Vorschläge zusammenführt. Wir haben es vorhin gehört, es gab auch einen Workshop mit den Bezirksvertretungen, wo auch all diese Vorschläge eingeflossen sind und die Beschlüsse gibt es natürlich alle, nur, aus unserer Sicht ist es sinnvoll, wenn sie jetzt eine Priorisierung schafft, einfach auch schaut, wo können wir Mittel vom Bund abholen. Wir wissen, die ganzen baulichen Maßnahmen sind wahnsinnig teuer, dort, wo wir Kofinanzierungen aufstellen können, ist natürlich sinnvoll, weil wir dann mehr machen können. Also es wird wahnsinnig viel kommen, aber gebt uns einfach noch die Zeit bis zum Herbst, wo der zweite Schritt des Masterplans vorliegt, wie gerade angekündigt. Und in der Sache wollen wir alle das Gleiche (*Appl.*).

StRⁱⁿ Schönbacher:

Wir, die Gemeinderäte vom (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklub werden dem Stück natürlich zustimmen und auch dem Zusatzantrag. Wir sehen das auch so, wie es die ÖVP hier sieht. Natürlich muss ein Lückenschluss gemacht werden und sehr viele Gehsteige sind wirklich, vor allem für ältere Menschen oder Menschen, die eine Behinderung haben, fast gar nicht mehr begehbar. Deswegen ist uns das Stück

besonders wichtig und liegt uns am Herzen. Aber zum Thema Sicherheit möchte ich unbedingt noch ergänzen, und zwar die Schmiedgasse ist ein absoluter Hotspot, es passiert dort nichts, weil ein jeder weiß, wie es dort zu geht. Aber wenn dort die Gastgärten sind und auch sehr viele Fußgänger sich dort aufhalten und die Radfahrer rasen dort durch, vor allem die Lieferanten, die rasen nicht nur in der Schmiedgasse, sie rasen auf sehr vielen Gehsteigen im ganzen Stadtgebiet. Da kommen sehr viele Bürger auf uns zu, die sagen, sie müssen teilweise vom Gehsteig runter springen oder auch Menschen, die eine Behinderung haben oder einen Schlaganfall gehabt haben, tun sich schwer, wenn jemand so schnell direkt, ganz nahe an ihnen vorbei fährt. Das ist eine Situation, die kann man so wirklich nicht lassen. Das heißt, jeder weiß es, aber keiner tut etwas dagegen. Also da bitte ich wirklich, gerade bei den Lieferanten darauf hinzuweisen, dass sie ihr Tempo reduzieren sollen, dass sie nicht auf den Gehsteigen fahren sollen. Und wie gesagt, noch einmal in der Schmiedgasse, von zehn Fahrradfahrern fahren neun zu schnell. Wenn man sie höflich bittet, dass sie das Tempo reduzieren, dann machen das, wenn man Glück hat, vier und die anderen, die hängen einem wirklich eine flegelhafte Antwort an. Und das muss man sich einfach nicht antun. Und ich finde, da gehört wirklich ganz, ganz dringend nicht nur hingeschaut, sondern auch tatsächlich etwas getan (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, werte Zuseher. Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, meine Kollegin hat das eh sehr, sehr schön ausgeführt, zum Inhaltlichen. Aber es hat mich jetzt einfach gejuckt, etwas zu sagen nach der Wortmeldung von der Frau Kollegin Wutte. Was gesagt werden muss, um Günter Grass hier in Erinnerung zu rufen, ist wirklich diese Vorgehensweise bei guten Ideen aus der Opposition. Sie sagen da, und wie man optisch erkennt, bin ich nicht Georg Topf, ich bin nicht der Antragsteller, und ich bin auch nicht sein bestellter Verteidiger, aber wenn hier aus der Opposition ein guter Vorschlag kommt, dann sagt man: Ja, inhaltlich ist es eh gut aber gebt uns Zeit, weil wir machen es dann oder wir

machen es nicht und dann verkaufen sie es als das Eigene. Wo da jetzt irgendjemandem ein Zacken aus der Krone fallen würde, den Antrag mitzutragen, wir tragen ihn ja auch mit (*Appl.*).

Und das ist etwas, was mich auch wirklich ein bisschen stört in dieser Herangehensweise, weil man kann an diesem Antrag nichts aussetzen. Das ist gut durchdacht, man hat sich im Endeffekt Gedanken gemacht, wo Fußgängerwege fehlen. Und das ist etwas, wo ich schon sagen muss, da muss ich schon ein bisschen lachen, man stellt wieder diesen Masterplan Gehen, schickt man nach vorne, da machen wir jetzt etwas, einen Masterplan Gehen kann man gut verkaufen, dann gibt es vielleicht ein Marketingkonzept dazu. Aber im Endeffekt brauchen wir, und wenn ich das sehe, in sehr, sehr vielen Stadtteilen, einfach einen Gehsteig. Natürlich ist das nicht so sexy zu verkaufen, wenn man sagt, dort haben wir gar keinen Gehsteig, den bauen wir jetzt, aber dann kommt halt der Masterplan Gehen und wenn dann zusätzlich noch eine gute Idee kommt, dann wird die hier mehr oder weniger weggelächelt. Ja, es ist inhaltlich gut, aber wir haben keinen Grund dagegen zu sein, aber machen wir es im Herbst, und dann dürfen Sie unser Idee zustimmen. Absurd (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Danke. Vielleicht kann ich ein paar Sachen klarstellen. Papier produzieren wir nicht für die Schublade, sondern Papiere, die hier produziert werden, sind Pläne. Und wenn Sie den Antrag und den Bericht an den Gemeinderat genau gelesen haben, dann lesen Sie, dass dieser Masterplan Gehen eine Voraussetzung ist für die Klimaaktiv-Mobil-Förderschienen des BMK, und wir bekommen dann 50 % aus dem Ministerium für Maßnahmen für den Fußgänger:innenverkehr. Das heißt, wir können dann konkret Projekte umsetzen, wenn wir diesen Masterplan Gehen erarbeiten. Dieser Masterplan Gehen ist gemeinsam mit der klimaorientierten Stadtplanung und dann auch den Mobilitätsplan, wo wir Ziele setzen, ganz wichtig, um auch zu priorisieren und sehr wichtig, wie können wir Schritt für Schritt umsetzen und die Situation für Fußgänger:innen verbessern? Ich bin total bei Ihnen, mir ist es total wichtig, dass wir

mehr Gehsteige haben, breitere Gehwege und bei jedem Projekt, das wir jetzt gerade machen, schauen wir, dass sich die Situation für die Fußgänger:innen verbessern. Ich möchte nur gerne die umstrittene Marburger Straße, Fahrradstraße erwähnen. Gerade dort zum Beispiel sind die Gehwege breiter, haben wir Lückenschlüsse gemacht und können Menschen, vor allem es sind viele junge Familien jetzt, Eltern, die mit Kinderwägen gehen, haben jetzt breitere Gehsteige beziehungsweise einen Gehweg, wo es früher keinen gegeben haben und so geht es Schritt für Schritt bei jedem Projekt. Auch in der Neutorgasse wird das der Fall sein, in der Annenstraße ist das jetzt der Fall. Also überall wo wir was machen, auch im Zusammenhang mit Fahrradinfrastruktur, schauen wir auf die Fußgänger:innen. Und genau deswegen möchten wir dem nicht vorgehen, ich finde, das ist alles richtig, was da drinnen steht, auch die Liste und es gibt noch viel mehr, aber wir kennen sie, einstimmig erfolgte Bezirksbeschlüsse, die nehmen wir alle total ernst. Ich bin die Letzte, die das nicht umsetzen will, aber die nächsten Schritte finden Sie auch im Gemeinderatsstück. und da steht, dass jetzt einmal ein Kriterienkatalog erstellt wird, nach welchem wir welches Projekt priorisieren, weil wir haben endenwollend Geld. Ein Gehsteig ist leider sehr teuer. Und deswegen werden dann genau danach mit den Kriterien umgesetzt, Schritt für Schritt, die Gehsteige, die da jetzt draufstehen, beziehungsweise viele andere, und das ist die Arbeit der Renate Platzer, dass sie das priorisiert und dann auch Stück für Stück, und wir sind ja auch gerade dabei, umsetzt. Deswegen bitte ich um Nachsicht, dass wir nicht diesen Antrag vornehmen mit diesen Gehsteigen, sondern es gibt noch viele andere. Und es kommt alles in den Masterplan Gehen Teil 2 und wird umgesetzt, so schnell wie möglich. Dankeschön (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.23 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich möchte nur zwei Gedanken einbringen. Erstens zu dem Thema Geschwindigkeit und das zweite ist zum Thema, da kann ich mich jetzt kürzer fassen, weil die Kollegin Schwentner schon das meiste gesagt hat, wenn wir ganz ehrlich sind, es ist egal, ob es Radfahrer sind oder Autofahrer. Wir haben nicht nur in der Stadt Graz, das ist ein generelles Phänomen, es wird immer Leute geben, die leider rücksichtslos sind und zu schnell unterwegs sind. Und wer sind die Leidtragenden? Wir reden jetzt gerade vom Thema Gehen, natürlich diejenigen, die am schwächsten sind in der Mobilität, das sind die Zufußgehen, und vor allem dann bei Kindern wird es problematisch, Jugendliche und bei Älteren. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Die Schmiedgasse ist ein Dauerthema, schon vor meiner Periode, das hat den Kollegen Nagl beschäftigt, damals den Vizebürgermeister und Verkehrsstadtrat Eustacchio. Und mit zunehmender Möblierung, sprich Gastgärtenausweitung, immer mehr Stände und immer mehr Leute, Gott sei Dank, die unsere Stadt besuchen, ist logisch, wird der Platz zu eng. Und deshalb werden natürlich aber auch die Maßnahmen sinnvoll sein, die wir jetzt ja gerade in der Neutorgasse, in der vielbeschriebenen, zumindest ein Mindestmaß an Wirkung haben. Ich fahre auch nicht nur mit Auto, Öffi und zu Fuß, sondern auch mit dem Rad, und fahre natürlich auch in Schrittgeschwindigkeit mit meinem Fahrrad, weil ich einfach so erzogen worden bin, dass man es respektvoll ist. Ich würde nie auf die Idee kommen, Fußgänger weg zu klingeln oder solche Sachen, vor allem nicht in einer Fußgängerzone, weil wir wissen, dass wir hier zu Gast sind und das keine Radfahrstrecke ist. Aber, und das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, das ist mir ein großes Anliegen, das werden wir noch in 20 Jahren diskutieren. Und wenn wir 1.000 Fahrradwege haben, weil es einfach Leute gibt, wenn man hier nicht gesetzlich etwas macht, dass alles was elektrobetrieben ist, egal ob das Scooter, Räder, oder wie die ganzen Dinge jetzt heißen, die da herumkurven, das hat schlichtweg nichts, aus meiner Sicht, schon gar nicht auf einem Gehsteig zu tun, und das ist das, was man leider um sich greift, und schon gar nicht auch, aus meiner Sicht, auf gemischten Geh- und Radwegen. Der soll den Radfahrern mit einer Geschwindigkeit vorbehalten sein, ohne elektrobetrieben zu sein, die gehören für mich, diese ganzen zweirädrigen elektrobetriebenen fahrradähnlichen Fahrzeuge, wenn man sagen darf, auf die Straße.

Und wenn wir uns da einig sind, finde ich, dann könnten wir da diesbezüglich auch einmal ein Schritt Richtung Bund, weil da brauchen wir eine StVO-Änderung. Weil sonst, das wird im Städtebund auf- und abgerechnet, das wird in allen Städten, denn das wäre aus meiner Sicht die einzige Maßnahme, weil sonst lügen wir uns da an und werden dann Schuldzuweisungen oder irgendwelche Sachen gemacht, dass es zu langsam oder zu schnell ist, das man so nicht lösen kann, weil du immer einzelne Leute hast, die da ausscheren werden. Alles andere im Angehen der Maßnahmen, bin ich dankbar und froh, dass die Verkehrsplanung so aufgestockt ist, personell, dass wir das überhaupt in Angriff nehmen können, weil der Kollege Topf hat natürlich Recht, über dieselben Straßen reden wir schon seit ewiger Zeit, aber auch schon seit der vorletzten Periode. Aber du kannst diese nur auf den Boden bringen, wenn du die nötigen Mittel hast und auch vor allem personell gut aufgestellt wirst. Und bei manchen wird es gar nicht gehen, weil wir eine riesige Problematik, und du das auch weißt, mit der ganzen Entwässerungsproblematik haben, Salfeldstraße, Weblinger Straße, wir wissen ganz genau, warum das dort nicht so schnell geht. Das war mir wichtig, hier anzumerken und bedanken für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (14.27 Uhr).

GR Stücklschweiger:

Vielen Dank, liebe Frau Bürgermeisterin, ich halte mich ganz kurz, ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass Sie alle aus der Regierung vor einiger Zeit gegen meinen Antrag gestimmt haben, der eine Kennzeichenpflicht für genau diese elektromobilisierten Fahrzeuge gefordert hat, von denen Sie jetzt gesprochen haben

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Es ist nicht nur die Kennzeichnungspflicht, weil das wird Ihnen jeder Verkehrsexperte oder auch die Polizei sagen, warum das, ich will jetzt nicht sagen Unsinn ist, warum das nicht machbar ist.

GR Stücklschweiger:

Ich habe damals einen konstruktiven Vorschlag gebracht, wie wir ein Problem lösen können, einer wäre gewesen, eine Kennzeichenpflicht. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass Sie sich gerade ein bisschen versprochen haben zu dem was damals gesagt wurde. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Nein, ich habe mir nicht versprochen, weil dieses Thema mit den Kennzeichen für Fahrräder, das ist so alt ...

Zwischenruf GR Stücklschweiger unverständlich.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

... ja, aber zuerst braucht es einmal trotzdem nicht nur die E-Scooter, das muss man viel breiter ...

Zwischenruf GR Stücklschweiger unverständlich.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Die gehören de facto auf die Straße. Genau. Aber gibt es noch weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Topf

GR DI Topf:

Ich möchte ein bisschen reflektieren, auf deine Wortmeldung, liebe Kollegin Wutte, die ich sehr schätze. Es geht ja hier nicht um Großbaustellen, es geht in meinen Antrag um Lückenschlüsse, wo es oft um 20 Meter geht, wo die Gemeinde x oder y, der Bürgermeister den Bauhof anruft und sagt, jetzt macht ihr 20 Meter Gehsteig. Es geht in der Herrgottwiesgasse seit fünf Jahren um 25 oder sind es vielleicht 26 Meter Gehsteig. Beim Schwarzen Weg geht es um einen ganz wichtigen Schulweg, wo die Kinder zum Bus in die Kärntner Straße gehen. Seit fünf Jahren ist es nicht möglich, da 15 Meter Gestein zu machen. Es geht nicht um die Großbaustellen. Ich habe bewusst die Lückenschlüsse angesprochen. Es kann ja nicht wahr sein, dass fünf Meter Gehsteig oder 15 Meter Gehsteig nicht in einer überschaubaren Situation, ohne Lukrieren von Bundesmitteln, wie gesagt, bewerkstelligt werden können. Um da geht es hier (*Appl.*). Ich brauche hier auch kein großes Projekt, sondern ich zeichne euch das auf einem Plan auf und sage, jetzt macht den Gehsteig, diese 20 Meter. Vor mir aus kann ich den Beton dafür mischen (*Appl.*).

Ich sage es euch ganz ehrlich wie es ist. Es kann ja nicht sein, dass ein Projekt erstellt werden muss, jetzt bin ich ein bisschen echauffiert, wie es schön heißt, weil in jeder kleinen Gemeinde, wie gesagt, macht das der Bauhofleiter in der nächsten Woche, wenn der Bürgermeister das beauftragt. Das ist mein Ansinnen, schnell in die Umsetzung für ein paar kleine Dinge gehen. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Ich will es nicht unnötig in die Länge ziehen, aber vielleicht, ich habe das vorhin schon gesagt, es geht wirklich darum, dass wir einen Plan haben. Ich verstehe den Unmut, aber man muss dann schon zurückschauen: Warum liegen viele Projekte 2018 und noch weiter zurück, Gehsteigprojekte? Wo ich weiß, die Leute kommen auch zu mir

und beschwerten sich, dass nichts weiter geht. Wichtig ist, dass wir entsprechend wissen, was wir priorisieren. Und deswegen bin ich sehr froh, dass wir jetzt einen Masterplan Gehen haben, um eine entsprechende Priorisierung bei all den Defiziten, die wir haben in der Stadt, vornehmen zu können und dann in die Umsetzung. Und deswegen freue ich mich, dass wir hier eine Bundesförderung dafür bekommen. Das würde ich nicht schlecht reden wollen. Und insgesamt geht es natürlich bei all den Konflikten, was diese elektrobetriebenen Gefährte aller Art betrifft, das ist zunehmend ein Problem. Das müssen wir den in den Griffen bekommen mit einer entsprechenden Straßenverkehrsordnung in Zukunft, aber das ist immer auch eine Infrastruktur und Platzproblem. Und deswegen diskutieren wir auch gerade heftig, wie viel Platz gibt es für die Fußgänger und Fußgängerinnen? Wie viel haben für die Fahrradfahrer:innen, damit es nicht immer Konflikte gibt, und für die Autos? Das müssen wir neu verteilt und das ist auch Teil unseres Planes, insofern gehen wir Schritt für Schritt nach den Plänen, die jetzt als unnötiges Papier bezeichnet wurden, vor. Ich halte es für sehr wichtig mit Plan vorzugehen und genau deswegen haben wir diese Pläne, die wir dankenswerter Weise hoffentlich mit breiter Unterstützung auf den Weg bringen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Danke für die reede Diskussion zum Antrag, oder eigentlich hauptsächlich zum Zusatzantrag. Vielleicht nur noch einmal, um das klarzustellen, es gibt eine lange Liste, die ist in den letzten Jahren immer länger geworden, aus welchen Gründen auch immer. Die Projekte reichen zum Teil zehn Jahre und länger zurück, die nicht errichtet wurden. Diese 1,2 Millionen, die du zitiert hast, das waren Verplanungsmittel, keine Umsetzungsmittel, also die Umsetzungsmittel wurden offenbar damals nicht freigegeben. Und jetzt haben wir aber die Möglichkeit eigentlich mehr Geld auch aufzustellen für den Fußverkehr, und das ist, glaube ich, sind wir uns alle einig, nötig. Und da hoffen wir, dass diese Liste der Projekte endlich einmal kürzer wird und nicht

jedes Jahr mehr Projekte dazu kommen, als eigentlich abgearbeitet werden können.

Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder

6.21 Stk. 6) A14-070108/2021/0059

12.25.0 Bebauungsplan

**„Andritzer Reichsstraße – Grazer Straße –
Rohrbachergasse – Am Andritzbach“**

XII. Bez., KG 63108 Andritz

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer:innen, Zuseher:innen auf der Galerie und auch im Livestream. Es sind auch einige Betroffene hier, durch den Bebauungsplan Andritzer Reichsstraße, und ich freue mich, dass sie gekommen sind. Zur Historie, im Oktober 2020 haben die grundbücherlichen Eigentümer:innen des nunmehrigen Baufeldes B um Erstellung eines Bebauungsplanes ersucht. Die Stadtplanung hat dann ein Planungsgebiet festgelegt mit 7.533 m², also etwas erweitert. Im Flächenwidmungsplan ist dieses Gebiet als „Kerngebiet mit Einkaufszentrenausschluss“ und mit einer Dichte von 0,6 bis 1,2 ausgewiesen. Im 4.0 Stadtentwicklungskonzept ist dieses als Bezirks- und Stadtteilzentrum gemäß § 11 ausgewiesen. Der Bebauungsplan wurde auf Basis von Vorplanungen erstellt, und zwar mit einem Wettbewerbsergebnis eines einstufigen Wettbewerbs nach dem Grazer Modell für die Adresse Andritzer Reichsstraße 39 und für die Adresse Andritzer Reichsstraße 45. Die Bebauungsstudie wurde über ein Architekturbüro Kampits & Gamerith. Ich muss dazusagen, Sieger dieses Wettbewerbs

war das Architekturbüro Hohensinn Architektur. Genau vor einem Jahr am 6. Juli wurde der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung über die Auflage informiert, die von 21. Juli 2022 bis 29.9. zur Einsichtnahme aufgelegt war. Am 19. September 2022 fand im ABC Andritzer Begegnungs-Centrum eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Schon in dieser Informationsveranstaltung wurde deutlich, dass es in der Öffentlichkeit in Andritz vehemente Kritik an diesem Bebauungsplan und vor allem an der Vorgangsweise zu seiner Erstellung bestand. Während dieser Auflage langten 41 Einwendungen ein, drei Stellungnahmen und eine Nullmeldung. Diese wurden nun vom Stadtplanungsamt und den weiteren Planungsabteilungen bearbeitet, geprüft und die Stellungnahmen wurden beantwortet, wobei diese ihnen erst nach der Beschlussfindung zukommt. Dazu wurde ein vergleichsweise, und ich bin noch nicht so lange im Gemeinderat, aber ein sehr intensiver Diskussionsprozess geführt in verschiedensten Konstellationen, zwischen den Bürgerinnen und den Bürgern, Bürgerinitiativen mit den politischen Bezirksvertretungen und Mandatar:innen, den Planungsabteilungen, dem Büro der Vizebürgermeisterin, den Planer:innen des Projektes und den Eigentümer:innen. Ich möchte nun anhand einiger Punkte der Einwendungen inhaltlich auf diesen Bebauungsplan eingehen. Ich möchte dazu sagen, ich war persönlich sehr dankbar um diese eingehenden Diskussionen. Ein wesentlicher Punkt war der Hochwasserschutz, es bestand berechtigte Sorge, um die Gefährdung bestehender, angrenzender Bebauung durch die neue Bebauung, und dies wurde durch die Beauftragung eines weiteren unabhängigen Gutachtens mit Blick auf das gesamte Bebauungsplangebiet entsprochen. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass die geplante Bebauung unter Einhaltung beschriebener Maßnahmen so wie geplant errichtet werden kann. Auch insbesondere zur Verkehrslösung hat es sehr viele und sehr unterschiedliche Einwendungen gegeben. Diese wurden und werden sehr ernst genommen und daher wurde die Verkehrsplanung beauftragt, unabhängig vom Bebauungsplan, Konzepte zur Verkehrsberuhigung in den angrenzenden Straßenbereichen zu erstellen. Innenhofbebauung, viele Einwendungen weisen darauf hin, dass in Bebauung im Hof rechtswidrig wäre und Grünraum zerstören würde. Die Frage kann zum einen insofern

beantwortet werden, dass im Deckplan 1 des Flächenwidmungsplanes 4.0 eine Freihaltung von Innenhöfen, wie diese in geschlossen gebauten Siedlungsgebieten oder zum Beispiel Blockrandbebauungen, nicht in diesem Gebiet vorgesehen sind. Ein weiterer Einwand betrifft die bauliche Dichte, und das wäre der zweite Teil, die Vernichtung von Grünraum, die hier verortet wird. Hier sei dazu gesagt, die Möglichkeit der Überschreitung der im Flächenwidmungsplan beschlossenen Bebauungsdichtewerte ist raumordnungsrechtlich in der Bebauungsdichteverordnung im § 3 Abs.1 geregelt. Sie legt fest, dass im Flächenwidmungsplan und im § 2 angegebene Höchstwerte der Bebauungsdichte durch Festsetzung in einen Bebauungsplan und bei Vorliegen von städtebaulichen Gründen überschritten werden kann. Diese Dichteüberschreitung wird hier mit der auch im STEK ausgewiesenen städtebaulichen Schwerpunktsetzung begründet. Das gesamte Gebiet weist eine hochwertige Lage aus. Öffentlich ist sie bestens erschlossen und angebunden, eingebettet in ein Gebiet mit bestehender Infrastruktur, und so nutzt dieser Bebauungsplan das Potenzial zu einem hochwertig ausgestatteten Stadtzentrumsbereich. Das sind alle Punkte, die für mich, in sehr verkürzter Form, die für mich, aber auch für meine Kollegin im gestrigen Ausschuss, uns veranlasst hat, diesem Stück einstimmig zuzustimmen. Es entsteht damit ein hochwertiger Straßenraum mit einem breiten Fußrand entlang einer Baureihe, die durch eine Abtretung von der Grundstücksfläche, als auch deren Gestaltung, an die Stadt überlassen wird, durch Gestaltung durch den Grundeigentümer nach Auftrag der Stadtplanung. Dazu sei auch gesagt, jede Wohnung, die dort nicht entsteht, wandert an den Rand und an die Peripherie, es ist ein Gebiet zur Zentrumsbildung und weicht man davon ab, entsteht mehr Verkehr durch Bauen in peripheren Lagen, mehr Verkehr, vor allem motorisierter Weise, und führt sicherlich nicht zur Verkehrsberuhigung, deshalb ist dieser Bebauungsplan ein Stück und ein Schritt zu einer Ausgestaltung des Andritzer Stadtzentrums in die Richtung, in die, glaube ich, die meisten der hier anwesenden und der interessierten Bürger:innen eigentlich einen Wert legen. Damit stelle ich jetzt im Namen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Den 12.25.0 Bebauungsplan „Andritzer Reichsstraße – Grazer Straße – Rohrbachergasse – Am Andritzbach“ bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Ich bitte um breite Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Den 12.25.0 Bebauungsplan „Andritzer Reichsstraße – Grazer Straße – Rohrbachergasse – Am Andritzbach“ bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
2. *die Einwendungserledigungen.*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, werte Zuseher. Man muss schon sagen, wenn man sich das Ganze ein bisschen anschaut, dann ist das ein Beispiel, wie Kommunikation schiefgehen kann. Man kann sich das immer so bildlich vorstellen, es gibt einen Sender und es gibt einen Empfänger. Und es gibt den Sender vor der Wahl, es gibt den Empfänger vor der Wahl und es gibt den Sender nach der Wahl und den Empfänger nach der Wahl. Und wenn man sich anschaut, die gewählte Kommunikationsform vor der Wahl war die Kritik, man kritisiert grundsätzlich: Was ist denn nicht alles verbaut worden, Graz ist eine Betonwüste. Ihr habt immer so dystopische Bilder, denn die Kollegen, insbesondere von den Grünen, reden ja: Alles ist

komplett verbaut, Graz ist eine Betonwüste, wir machen es dann anders. Wann? Wahrscheinlich jetzt. Jetzt macht man es aber komplett gleich. Und ich möchte ich gleich da anknüpfen, wo die Kollegin aufgehört hat, es geht nämlich um, in diesem Fall sehr oft, um Kann-Bestimmungen, man kann, man muss aber nicht. Und warum wird das dann ausgeschöpft bis zum Ende? Ich werde später noch kurz darauf eingehen. Wenn man sich anschaut, bei der Kommunikationsform des Drüberfahrens. Da fahren Sie zum einen über die Bürger drüber, weil das macht kein gutes Bild, wenn man das über die Zeitung erfährt, dass das jetzt beschlossen wird, es macht kein gutes Bild, wenn man die Einwendungen dann erst danach, nach dem Beschluss dann irgendwie abarbeitet, man könnte sich wirklich überlegen, dass man die Anrainer auch vorher irgendwie informiert, und es macht auch überhaupt kein gutes Bild, wenn man immer auf diese Bürgerbeteiligung verweist, die im Endeffekt, und das sehen wir auch in anderen Projekten, sehr oft nur daraus besteht, dass man das Thema halt ein bisschen behandelt. Man geht einmal hin, dann hört man zu, dann sagt man, ja, da werden wir uns bemühen, dann machen wir es ganz anders. Das ist leider, das, was wir immer wieder erleben. Das Gleiche mit der Zinzendorfgasse, der hervorragende Bürgerbeteiligungsprozess. Wissen Sie, was das ist? Das sind Schutzbehauptungen. Man hat eh etwas gemacht, na ja, geht halt nicht anders. Sie fahren über die Bürger drüber. Gut, ok, das mag Ihre Strategie sein, ob sie aufgeht, weiß ich nicht. Sie fahren aber auch über die gewählten Vertreter der Stadt Graz drüber. Und es ist jetzt nicht so, dass wir 48 Gemeinderäte besonders wichtig wären, aber wir haben ja doch eine Funktion zu erfüllen. Wir sind ja gewählt worden und haben jetzt Rechte bekommen. Rechte, irgendetwas zu machen. Und wir sollten ja die Menschen, die in diesem Bebauungsplangebiet leben oder die davon betroffen sein werden, bestmöglich vertreten. Jetzt gibt es die Regierungsgemeinderäte und die Oppositionsgemeinderäte, zu denen ich zähle, und jetzt stelle ich mir dann schon die Frage: Für was gibt es das Statut, für was gibt es die Geschäftsordnung, wenn die Rechte dort so dermaßen mit den Füßen getreten werden, ich habe das heute schon einmal ausgeführt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, § 16 der Geschäftsordnung sagt, wir Gemeinderäte, alle 48, dürfen Anfragen stellen, habe ich in diesem Fall gemacht. Das sind nicht die Themen, die mir

in der Nacht einfallen, das sind die Fragen, die aus der Bevölkerung kommen, Oktober 2022. Dann sagt das Statut, oder die Geschäftsordnung sagt, binnen drei Monaten, das habe ich Ihnen ausgedruckt mitgebracht, muss es auch beantwortet werden. Binnen drei Monaten, nach der mir bekannten Zeitregelung, im Oktober eingebracht, na ja, wann wird das sein? Damen mal Pi, irgendwann zwischen, legen wir es ein bisschen aus, irgendwann zwischen Jänner und meinetwegen März. Wir haben bis heute keine Antwort bekommen. Dann geht es um den Hochwasserschutz, der vielen dort wirklich Sorge macht. Ich habe meine Anfrage hier, mir ist die Frage nie beantwortet worden. Gibt es ein Hochwasserschutz Konzept, ja oder nein? Heute erfahre ich, es kommt ein Gutachten. Warum sagt man uns das denn nicht vorher? Warum kann man das denn nicht vorher sagen? Zeitlich vorher, innerhalb der Drei-Monats-Frist? Und es wäre keine Schande, es wäre keine Schande, zu sagen, man kann diese Anfrage binnen drei Monaten nicht beantworten, weil es offenen Fragen gibt. Warum macht man das nicht? Das ist einfach nicht fair. Und es steht auch im Statut drinnen, die Bürgermeisterin ist verpflichtet binnen drei Monaten das zu beantworten, schriftlich oder mündlich, § 16 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Falls dieser nicht mehr gilt und mir das nicht mitgeteilt wurde, dann beachten Sie das Ganze als gegenstandslos, aber ich glaube, die gilt noch. Wenn ich mir dann weiter anschau, kurz, was die Kollegin angesprochen hat, Hochwasserschutz waren wir schon, es gibt ein Gutachten, gut, ok, Gutachter können sich auch irren. Man wird dann im Nachhinein sehen, ob das alles so richtig war, wenn es dann dort Stellen gibt mit Hochwasser oder dergleichen, wird man sagen, oh, blöd gelaufen, jetzt machen wir etwas. Ich darf erinnern, vor vielen, vielen Jahren, keiner von Ihnen, hat man auch in der Thalstraße viele, viele Projekte genehmigt, wo man heute sagt, dort hätten wir nicht genehmigen dürfen. Das ist ja ein Wahnsinn, und dann sind Sie auch noch so blöd und kaufen dort ein billiges Haus. Ein Wahnsinn. Na ja, damals hat man es genehmigt und hat geschaut, dass die Leute hinziehen. Und jetzt sagt man, Geld hat man keines für Hochwasserschutzmaßnahmen. Das ist halt nicht ehrlich. Natürlich, vielleicht haben wir alle Glück und in den nächsten fünf oder zehn Jahren passiert nichts, in 15 Jahren ist durchgewechselt, sitzen andere hier, und die werden sagen: Na,

so ein Wahnsinn was die damals beschlossen haben. Das ist die Vorgehensweise. Die bauliche Dichte, das war ja schon angesprochen, man kann die schon ausnutzen, natürlich, muss man aber nicht. Und im Endeffekt entscheiden Sie das, die 48 Gemeinderäte, ja oder nein, in welche Richtung auch immer. Das muss man schon auch sagen. Das ist ganz normal Ihre Entscheidung. Und was eine Kann-Bestimmung ermöglicht, kann auch nicht kommen, die Kann-Bestimmung ist keine verpflichtend vorgesehene Antragsanweisung an die Behörde. Und das Ortsbild schätze ich in Andritz eigentlich sehr, weil es irgendwie der Hauptplatz dort in der Nähe von einer, ich sage jetzt einmal, von einer 15.000 bis 20.000 Einwohnergemeinde ist. Das könnte man so nehmen, das könnte irgendwo sein, aber jetzt wird es total verbaut. Und wenn man sich dann anschaut, was hier dann für Vergleiche gezogen werden, die Leonhardstraße, die ist ja auch so verbaut, na ja, historisch bedingt. Das ist halt immer so gewesen dort, das ist halt irgendwann gewachsen. Gut, das akzeptiert man noch eher, als in Andritz. Was ich Ihnen damit sagen will, ist, bitte, bitte, bitte beantworten Sie in Zukunft die Anfragen, so wie es die Geschäftsordnung vorsieht, dann kann man mit den Bürgern in einen Prozess treten. Und ich glaube, das tut Ihnen auch gut, weil dann nicht das hohe Frustrationspotenzial aufschlägt, das jetzt aufschlägt, nämlich, dass jeder sagt, warum erfahren wir das über die Zeitung? Die Einwendungen, ich weiß gar nicht, sind die jetzt bearbeitet oder nicht? Gut, sie kommen in den nächsten Tagen, beschlossen wird es. Und abschließend darf ich Ihnen eines sagen, das gebe ich Ihnen allen ein bisschen mit auf den Weg, wenn man etwas nicht machen will, dann soll man es nicht machen. Und ich glaube, da gibt es sehr, sehr viele in den Reihen der KPÖ, die sagen, wir wollen das nicht, und wirklich, wo ich sage, aus überlegten Gründen. Dann tut es nicht. Dann tut es doch nicht. Und ich kann in meinem Leben immer sagen rückblickend, bereut man die Dinge, die man nicht gemacht hat, die bereut man, die bereut man wirklich, wo man sagt, ok, vielleicht wäre es hier aber noch mutiger gewesen, hätte ich hier dagegen gestimmt, weil jetzt das einfach mitzutragen, das ist aus meiner Sicht, sicher nicht die richtige Vorgehensweise (*Appl.*).

GR DI Topf:

Werte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Livestream.

Ich möchte einen Punkt herausgreifen, der dort auch sehr stark angesprochen wurde im Zuge der Diskussion und der Vorstellung dieses Bebauungsplanes, also ein spezieller Bereich, wenn ich das so sagen darf. Es geht nur darum, dass durch die Verbauung natürlich Verkehr sozusagen auch initiiert werden wird. Und das Bauprojekt, für welches der gegenständliche Bebauungsplan zur Beschlussfassung vorliegt, beinhaltet zwar Tiefgaragenparkplätze, wird aber nicht alle Pkw der neuen Bewohner:innen und auch der angrenzenden Bereiche aufnehmen können. Um den Parkdruck in den umliegenden Straßen, der ja jetzt schon vorhanden ist, durch Fahrzeuge, die auf keinem Tiefgaragenparkplatz des Wohnprojekte abgestellt werden können, gar nicht entstehen zu lassen beziehungsweise zumindest so gut wie möglich zu entschärfen, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Zusatzantrag,

der mir sehr wichtig erscheint:

Die Magistratsabteilung 10/8 – Verkehrsplanung wird ersucht, das vorliegende Verkehrskonzept für das gegenständliche Quartier nochmals zu überarbeiten, also etwas weiter über das Bebauungsplangebiet hinaus zu überdenken, und dabei die berechtigten Interessen der Anrainer:innen, ich sage zum Beispiel Wohnstraße Rohrbachergasse, zu berücksichtigen.

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, mit der Antragstellerin für eine Baubewilligung betreffend das Grundstück, das wir heute besprechen, nämlich der Bauplatz B, die Grundstücksnummer 691/1 den Konsens dahingehend zu suchen, dass diese mit den Eigentümern der benachbarten Grundstücke, das sind die Grundstücke Nr. 689/3 und Nr. .110/3 der KG 63128 Andritz, das was die ehemalige alte Tankstelle, einen längerfristigen Bestandsvertrag zu schließen und ihrerseits das Grundstück Parkplatzinteressenten auf Mietbasis zur Verfügung stellen möge. Damit können wir

ein wenig den Parkdruck herausnehmen, und momentan ist ja der Parkplatz A, die ehemalige Tankstelle, die ja ohnedies nicht für die Verbauung unmittelbar vorgesehen ist, dass wir hier einen Platz schaffen könnten, um diese schwierige Parksituation im gesamten Bereich dort etwas abzuwenden.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Zusatzantrag. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Das Bauprojekt, für welches der gegenständliche Bebauungsplan zur Beschlussfassung vorliegt, beinhaltet zwar Tiefgaragenparkplätze, wird aber nicht alle PKW der neuen Bewohner:innen aufnehmen können.

Um den Parkdruck in den umliegenden Straßenzügen durch Fahrzeuge, die auf keinem Tiefgaragenparkplatz des Wohnprojekts abgestellt werden können, gar nicht entstehen zu lassen bzw. zumindest so gut wie möglich zu entschärfen, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Zusatzantrag:

- 1. Die Mag. Abt. 10/8 – Verkehrsplanung wird ersucht, das vorliegende Verkehrskonzept für das gegenständliche Quartier nochmals zu überarbeiten und dabei die berechtigten Interessen der Anrainer:innen zu berücksichtigen.*
- 2. Die zuständigen Stellen werden beauftragt, mit der Antragstellerin für eine Baubewilligung betreffend das Grundstück Nr. 691/1 den Konsens dahingehend zu suchen, dass diese mit den Eigentümern der benachbarten Grundstücke Nr. 689/3 und Nr. .110/3 der KG 63128 Andritz (ehemalige Tankstelle) einen längerfristigen Bestandsvertrag schließen und ihrerseits das Grundstück Parkplatzinteressenten auf Mietbasis zur Verfügung stellen möge.*

GR Mag. **Pointner**:

Werte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregerung, werte Kolleginnen und Kollegen. Mir geht es bei dem Ganzen um den Aspekt der Unverwechselbarkeit von Graz und von den alten Ortskernen. Und da gehen, glaube ich, viel zu sorglos damit um. Ich glaube, dieser Bauplatz hätte die Chance gehabt, Andritz etwas in einem problematischen Bereich, wo wirklich bautechnisch schon wahnsinnig viel zerstört wurde, etwas von seinem alten Gesicht zurückzugeben. Da gibt es noch auf dem Platz ein bisschen alte Bausubstanz und wir haben auch außerhalb der Schutzzonen einen Straßenbildschutz, einen Ortsbildschutz und einen Landschaftsbildschutz. Und das wäre doch ein Ortsbildschutz, den man durch eine sorgsame Bebauungsplanung wieder etwas zurückgeben hätte können, Anstatt das wieder gewinnmaximiert zuzubauen. Und deshalb werden wir Neos dem Ganzen nicht zustimmen, weil wir sind für ein graz, das auch unverwechselbar sein soll und nichts alles in Lego-Bauart zugebaut werden soll (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.54 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ich weiß, dass ich wahrscheinlich oft mit diesen Wortmeldungen manchen hier fürchterlich auf den Geist gehe, wenn ich immer sage, ich bin schon sehr lange hier, habe viele Sachen erlebt, aber ich muss es in diesem Fall trotzdem wieder sagen. Und warum? Weil, wenn hier schon so eine Geschichtsaufarbeitung und groß geredet wird, und da meine ich auch Sie, Herr Klubobmann Pascuttini, Sie haben immerhin einer Fraktion angehört, Sie sind jetzt KFG, aber Sie waren hier, dort drüben sind Sie gesessen, ich bin hier gesessen (*deutet die Sitzordnung der vorigen Gemeinderatsperiode an*), Sie haben Sachen mitgestimmt damals bei der Freiheitlichen

Partei, und jetzt so zu tun, ich weiß von nichts mehr, dann verstehe ich die Welt oft nicht mehr. Aber wurscht, sei es drum. Sie sind Jurist und Sie verstehen es sehr gut natürlich, anderen die Worte im Mund umzudrehen. Aber eines muss ich schon sagen, dass Sie hier sagen und dauerplädieren, wo Sie selbst Anträge und Anfragen stellen an Abteilungen, mit 20 bis 30 Fragestellungen. Soll ich Ihnen einmal die Rückmeldungen geben von unseren Kolleginnen und Kollegen der Abteilungen, was sie darüber denken? Die können das nicht in drei Monaten oft schaffen, was hier an Anfragen und an Anträgen gefragt wird und an Fragestellungen. Die schaffen das nicht. Und ich habe das hier auch schon, glaube ich, x-mal gesagt, es gibt Dinge, die kann man in einem Tag beantworten, es gibt andere Sachen, die werden sich im Kreis drehen, weil das einfach nicht schaffbar ist, und wenn Sie hier ein klares Bekenntnis von meiner Seite als Bürgermeisterin, die ja dafür verantwortlich ist, dass die Antworten von den Abteilungen rechtzeitig kommen, dann nehme ich das für mich in Verantwortung, dass ich sage, gewisse Anfragen und Fragestellungen werden nicht so rasch beantwortet werden können, wie man es sich wünscht. Das ist, glaube ich, für Sie jetzt auch wichtig, dass Sie das wissen. Und noch einmal, man kann immer darauf drängen und so weiter, und das möchte ich jetzt wirklich auch zum Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen, die wirklich zu geflutet werden, auch in den Bezirken, bei allen demokratischen Rechten, ich werde nie auf die Idee kommen, oft solche Kleinigkeiten, wegen Beleuchtung, da rufe ich in der Abteilung an. Aber bitte, das ist demokratisches Recht, man kann auch 100 Anträge stellen im Bezirk, aber dann wird es halt auch länger dauern. Das muss man halt einfach auch wissen, und so ehrlich muss man hier schon sein. Und eines ist einmal auch klar, dass es viele Bebauungen gibt in Graz, in der Vergangenheit, aber auch jetzt, die, zumindest was meine Fraktion betrifft, wir niemals so hätten entstehen lassen und das trainiert auch noch die eine andere auch betreffen, weil, Sie hätten die Gelegenheit gehabt dem Stadtentwicklungskonzept, viele, die hier monatelang diskutiert haben, nämlich genau dahin Einhalt zu gebieten, weil der wesentliche Punkt da drinnen war nämlich, dass man in Ruhe das in die Auflage gibt aber bis dahin eine Bausperre verordnet. Und genau über das diskutieren wir seit Monaten, Monaten, Monaten, und genau das ist der wunde Punkt, und da muss man

aber bei der Wahrheit bleiben. Da sind die Interessen der Wirtschaft aber halt wieder stärker, als, wie der Gemeinderat Pointner auch gesagt hat, ihm auch so wichtig ist, wie die Sache ausschauen, aber es sind oft schon sehr stark auch die Parteien, die die Wirtschaftsinteressen ausschließlich im Fokus haben, und da rede ich nicht von den kleinen Gewerbetreibenden da draußen (*Appl.*).

Und diese Wahrheit muss man auch hier sagen. Und jene Kolleginnen und Kollegen und Vizebürgermeistern Schwentner, ob das SPÖ oder auch meine Fraktion ist, die jetzt wirklich bemüht sind im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und all das, was wir an Instrumenten uns zur Verfügung gegeben ist, Mehrheiten hier herbeizuführen, damit eben künftig hin eine andere Bebauung gemacht werden kann, hier ständig immer quer zu schießen, dann sind Sie einfach nicht ganz glaubwürdig (*Appl.*).

Und Sie können jetzt noch 100.000 Mal hinausgehen, aber an dieser Tatsache wird sich nichts ändern. Und ich bin froh, dass wir diese Sturheit gehabt haben, uns hier heute auch nicht beeinträchtigen zu lassen, was den Grünflächenfaktor betrifft, weil auch darüber wollte man wieder neuerliche Diskussionen. Ich wollte das nicht ansprechen, aber wenn so die Geschichten immer umdreht, dann muss man halt auch umgekehrt einmal die Wahrheiten sagen. Und dass mit dem Bebauungsplan hier in Andritz niemand glücklich ist, das kann ich Ihnen auch sagen, der ist nicht optimal aber er ist rechtens, und er ist nicht unrechtens, das muss man zumindest einmal hier festhalten (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (14.59 Uhr).

KO GR Mag. Pascuttini: (zur tatsächlichen Berichtigung)

Zur dreifachen tatsächlichen Berichtigung. Da bin ich nie gesessen. Ich bin seit 2021 Gemeinderat. Also ich habe keine Verantwortung, schauen Sie, aber Sie erben ja auch nicht die Laster Ihrer Vorgänger oder Ihrer Gesinnungsgenossen. Man sage: Ja, aber Sie waren ja damals auch dabei, wo auch immer. Und da will ich jetzt nicht unsauber

werden. Also bitte bleiben wir bei den Personen. Sie als Elke Kahr sind für die politischen Handlungen der Elke Kahr verantwortlich und als Pascuttini für die meinigen seit November 2021. Zum zweiten, ja, ist sage, ich glaube, ich muss mir weder vorwerfen lassen, dass ich jung bin oder, dass ich Jurist bin. Wenn das Statut der Stadt Graz sagt, binnen drei Monaten ist es verpflichtend von der Frau Bürgermeisterin zu beantworten, dann ist das so. Weil sonst lassen wir das Ganze, dann redet wer will, dann kommen wir nicht mehr zusammen, dann macht die Abteilung was sie will. Ist auch in Ordnung. Und wenn man sich dann anschaut, und Frau Bürgermeisterin, Sie werfen hier immer den Populismus vor, Sie haben gesprochen von einer Anfrage mit 20 bis 30 Fragen. Es sind, ich habe es für Sie mitgebracht, Beweisantrag, es sind fünf Fragen, fünf Fragen. Ich lese sie Ihnen vor. Warum wurde die Bebauungsdichte angehoben? Da braucht man nicht seitenweise irgendwas schreiben. Halten Sie die Gebäudehöhe im betreffenden Gebiet von 17,5 Meter dem Ortsbild dienlich? Na ja, eine kurze Antwort, nicht seitenweise, keine Gutachter. Werden Sie sich für die Einwendungen der Bürgerinitiative einsetzen? Ja, von Ihnen kurz ein Statement. Werden Sie sich für ein Verkehrskonzept zum Schutz der dahinterliegenden Siedlung einsetzen? Irgendwas, irgendeine Stellungnahme fällt Ihnen hier ein. Und wenn man dann sagt: Wird es ein Konzept gegen Hochwasser und Überschwemmungen in besagtem Gebiet geben? Ja, nein, es wird ein Gutachten beauftragt. Also diese Frage, die beantworte ich, also, rufen Sie mich an, dann setzen wir uns zusammen, dann beantworte ich mir meine eigene Anfrage selbst, ist kein Problem (*Gelächter im Saal*). Wirklich, da schreibe ich sie mir selbst, dann machen wir das halt in einer anderen Form (*Appl.*).

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Das ist eine Wortmeldung keine tatsächliche Berichtigung.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Und noch etwas, dritte tatsächliche Berichtigung. Sie werfen uns vor, dass wir die Bausperre nicht haben wollten. Frage an alle, die es wissen: Gilt die Bausperre für anhängige Verfahren? Wäre das in diesem Fall so, hätte es etwas genutzt. Oder sagen Sie jetzt einfach nur den Anrainer dort oben: Ja, aber die hat die ÖVP und der KFG und der Herr Wagner und die Neos, die wollten die Bausperre nicht. Die Bausperre können wir jetzt beschließen, das hilft nichts in diesem Fall. Das ist nicht in Ordnung. Damit bin ich fertig (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Abgesehen davon, dass das keine tatsächliche Berichtigung war, das wissen Sie auch, wir sind ja nicht so wie Ihr voriger Chef, der Vizebürgermeister Eustacchio, der einen sowieso immer das Wort abgeschnitten hat, möchte ich nur noch einmal sagen, das ist mir nämlich tatsächlich wichtig, ich rede nicht von diesen fünf Fragen, die Sie gehabt haben, abgesehen davon, auch da muss ich, und das ist auch wichtig für die Zuhörer:innen via Livestream, weil sie die Geschäftsordnung ja nicht kennen, jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin kann Anfragen und Anträge stellen, die hier gar nicht zur Diskussion kommen oder berichtet werden, die werden schriftlich abgegeben, und das Gleiche ist auch auf Bezirksratsebene möglich. Und das sind in der Regel Hunderte. Und diese Anfragen und Anträge müssen den Abteilungen in der Stadt Graz zur Beantwortung gegeben werden, weil das ja die Fachabteilungen sind. Ich kann ja nicht eine politische, persönliche Antwort geben. Und der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, wenn die Antwort gekommen ist, leitet das weiter an den Antragsteller oder die Anfragestellerin, nur für alle zur Information, die zuhören, weil ich aus Erfahrung weiß, dass die Leute das ja gar nicht wissen, von was wir hier reden. Und darum habe ich gebeten, dass man diese Anfrageflut versucht, wenigstens wenn es möglich ist, zu minimieren, weil die Abteilungen mit den Beantwortungen zeitlich nicht mehr nachkommen. Und ich kann mich erinnern, diese Appelle hat auch mein Vorgänger schon, der Herr Bürgermeister Nagl, auch immer gestellt, weil es einfach eine Tatsache ist. Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Wagner.

Zwischenruf KO GR Mag. Pascuttini: Zur Geschäftsordnung.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Nein, jetzt gibt es keine Geschäftsordnung (*Gelächter im Saal*).

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Günter Wagner:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Stadtregierung. Ich glaube, Frau Bürgermeisterin, es geht jetzt nicht darum, was andere, vor allem Oppositionsparteien, jetzige Oppositionsparteien einmal gemacht haben oder machen. Und es geht auch nicht darum, wenn der Herr Eustacchio vor fünf oder sieben Jahren einmal ein Wort abgeschnitten hat, ich glaube, das kann man überwinden. Es geht darum, dass Sie angetreten sind, es anders zu machen, es besser zu machen, einen neuen Stil zu leben. Und in diesem besonderen Fall heißt das natürlich, kann man oder muss man die Baudichte überschreiten? Und kann man oder muss man seine Wahlversprechen, die man hier getroffen hat, eben es anders zu machen, kann man sie einhalte oder muss man sie einhalten? Und darum geht es schlussendlich. Ich glaube, wenn ihr so weitermacht, dann werdet ihr dem Vorgänger hier noch den Rang abkaufen. Und als FPÖ werde ich dazu natürlich nicht zustimmen. Danke

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Der Herr Klubobmann möchte noch einmal eine tatsächliche Berichtigung machen.

Zwischenruf KO GR Mag. Pascuttini: Nein, zur Geschäftsordnung.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ok, zur Geschäftsordnung.

KO GR Mag. Pascuttini: (zur Geschäftsordnung)

Frau Bürgermeisterin, weil Sie gesagt haben, man behandelt diese Anfragen hier nicht. Ja, habe ich mir auch angeschaut, ich weiß nicht, warum man sie nicht behandelt, weil ich erst seit November 2021 hier drinnen bin und die Geschäftsordnung eigentlich ganz klar sagt, dass diese Anfragen nach § 16 auch hier mündlich zu beantworten sind nach drei Monaten oder schriftlich, wie Sie eben das wünschen. Und eines darf ich auch sagen, über diese Anfragen, zur Beantwortung einer Anfrage, ist sogar die Wechselrede zulässig. Also darüber könnten wir sogar diskutieren. Und ich sage, wenn wir jetzt das so in Zukunft machen wollen, dann zögert das ja nur weiter hinaus, alles Mögliche, deswegen würde ich darum bitten, dass wir einfach uns an diese Sachen halten. Wenn es sich mit drei Monaten nicht ausgeht, ein kurzes E-Mail und Sie hören weitere drei Monate von mir nichts (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Wir könnten uns wöchentlich unterhalten, persönlich. Sie könnten aber auch in den Ausschuss kommen, dann hätten Sie alle diese Fragen auch beantwortet bekommen (*Appl.*).

GR Mag. Pointner:

Wertes Gremium, es passiert hier Ähnliches wie bei der letzten Sitzung, bei meinem dringlichen Antrag um die Baustellenförderung, es werden Altlasten sich gegenseitig

um die Ohren geworfen. Ich möchte es jetzt noch einmal auf den Punkt zurückbringen bitte. Dieser Bebauungsplan, da ist in diesem demokratisch gewählten Gremium zuzustimmen mehrheitlich oder abzulehnen. Ich plädiere für mehr Ortsbildschutz und für das Ergreifen einer Chance, Andritz etwas von seinem alten Ortsbild zurückzugeben, und Graz etwas von seiner Unverwechselbarkeit, von seiner eigenen Charakteristik. Deshalb fordere ich Sie dazu auf, diesem Bebauungsplan nicht zuzustimmen (*Appl.*).

GR Zirngast:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleg:innen der Stadtregierung und liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben jetzt gefühlt weniger über Andritz diskutiert, als über viele andere Sachen. Ich würde trotzdem auf diesen Bebauungsplan eingehen, weil es ein nicht unwichtiger Prozess ist, ich glaube, in vielerlei Richtung. Das eine ist, was natürlich unmissverständlich ist, und das ist jetzt kein Vorhalten von Vergangenem, das ist schon einfach so, dass das ein Projekt ist, das seinen Ursprung in der vorherigen Periode hat.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Zirngast:

... hat es oder nicht? Also, ist so, oder? Das ist, glaube ich, schwer zu leugnen. Was dazukommt ist, ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Zirngast:

... also abgesehen davon, dass ich die Zeit gerne wieder zurückhätte, ist das nicht das, was ich sage. Ich rede nur weiter, ich habe hier sehr viel, schauen wir einmal was herauskommt. Es ist ein Projekt aus der vorherigen Periode, das ist schon klar, das ist kein Bauprojekt, das aus dem Gutdünken einer Person entstanden ist. Das ist ja vollkommen klar, aber trotzdem gibt es gewisse Richtlinien und eine Art und Weise, wie geplant und gebaut wird, oder auch, welche Steuerungsinstrumente es gibt. Dass überhaupt der Gemeinderat und die Politik Einfluss nehmen kann darauf, wie gebaut wird, und an diesen kann man arbeiten, da gibt es auch übergeordnete Instanzen, wie es ja oft das Baurecht, das Raumordnungsgesetz und Landesrechte. Wir haben unsere eigenen Möglichkeiten, und wir haben die Möglichkeit, uns mit Petitionen an das Land zu richten. Das ist die grundsätzliche Ausgangsfrage. Ich glaube, was aber auch wichtig festzuhalten ist, eben, dass tatsächlich, und genau dort, wo keine Bebauungsplanpflicht war, in Andritz sehr viel gebaut wurde, was fragwürdig ist. Also nicht nur in Andritz aber unter anderem auch in Andritz, und das ist natürlich etwas, was die Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert hat und eben auch, sozusagen in diesem Fall, quasi diesen Bebauungsplan als Symbol auch Widerstand hervorgerufen hat. Ich möchte nur ganz kurz, Alexis ist nicht mehr, ach so, da hinten, wunderbar ...

*Zwischenruf GR **Brandstätter**: Die nächst tatsächliche Berichtigung (Gelächter im Saal).*

GR Zirngast:

... nein, ist keine tatsächliche Berichtigung. Ich sage nur eines, also viele von den Fragen, die du gestellt hast, sind ja auch in den Ausschüssen diskutiert worden und haben wir auch im Übrigen mit den Bürgerinnen und Bürgern oder mit Bezirksvertreter:innen, mit der Stadtplanung und den zuständigen Ämtern und auch mit der zuständigen Abteilung im Land etc. diskutiert. Also von euch, ich weiß jetzt nicht genau, wer der Vertreter ist im Ausschuss, kommt aber nie. Also das muss man

sagen, ist jetzt kein Vorwurf, ich weiß, du hast viel zu tun, oder bist auch gar nicht der Vertreter aber es wäre halt natürlich sinnvoll, wenn da jemand ist, dann hättet ihr diese Informationen und könnt auch dort Fragen stellen.

Zwischenruf KO GR Mag. Pascuttini: Die Astrid war da.

GR Zirngast:

In welchem Ausschuss? Gestern?

Zwischenruf KO GR Mag. Pascuttini unverständlich.

GR Zirngast:

Also gestern war sie nicht da und auch sonst meistens kein Vertreter von euch, aber egal. Das sage ich auch noch dazu, nur als Kommunikation, das betrifft auch euch. Aber grundsätzlich, ja, es ist richtig, die Fragen, die du stellst sind ja nicht falsch, die haben ja wir auch alle aufgeworfen in diesem Prozess und noch weitere Fragen, nämlich dahingehend, wie eigentlich unsere rechtliche Lage ist, weil es handelt sich hier um einen Wettbewerb nach dem Grazer Modell und handelt sich, wie bei jedem Bebauungsplan gibt es Fristen, die einzuhalten sind, innerhalb derer ein Bebauungsplan zu stellen ist. Wenn diese Fristen überschritten werden, dann haben die Antragsteller, also die Bauträger Möglichkeiten zu klagen, das muss man halt auch wissen. Und innerhalb dieser Fristen und innerhalb der bestehenden Rechtslage haben wir versucht, auch in Abstimmung mit den Bürger:innen vor Ort etwas zu verbessern und das ist uns, dazu stehe ich auch, nicht gelungen wirklich viel herauszuholen. Es gibt kleine Verbesserungen, es gibt auch im Bebauungsplan, das ist meistens eh ganz vorne, also direkt am Andritzer Hauptplatz, ein Eckgebäude, das tatsächlich im Bestand erhalten wird, also da ist das Café 4+5 drinnen mittlerweile, das ist nämlich nicht Teil der Debatte, es geht in den meisten Fällen um das Baufeld B beziehungsweise die

weiteren Baufelder, die eben dann auch, also eines davon gehört eben auch dem Bauträger. Was aus dem allen mitzunehmen ist, ich versuche es herunterzubrechen, auf das, was man politische mitnehmen sollte. Einerseits vollkommen richtig, bessere Kommunikation und bessere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, auch schon früher im Planungsprozess. Und dazu wird es auch eine weitere Überarbeitung der Planungsmodelle, aber auch des Grazer Modells bedürfen, der Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten. Welche sind das? Das ist etwas, was wir jetzt im nächsten Punkt beschließen werden, ich werde jetzt nicht allzu viel dazu sagen, das ist das Stadtentwicklungskonzept. Ich möchte hier nur anmerken, was auch in den Medien war in dieser Woche, wir widmen nicht alles, also Zentrumszone schon, aber nicht das Kerngebiet und es wird nicht alles zugebaut, im STEK und im FLÄWI bleibt es im Wesentlichen wie bisher. Dieses Baufeld oder diese Baufelder in Andritz, da ist tatsächlich erst vor einigen Jahren die Dichte reduziert worden, die jeder wieder geringfügig überschritten wird, das stimmt, aber ein Aspekt auch, dass eine Bebauungsplanpflicht eingeführt wurde, was eben auch ein wichtiges Steuerungsinstrument ist, das wir als Gemeinderat und als Stadt, als Politik haben. Diese Steuerungsinstrumente müssen wir stärken, aber wir müssen auch, und da haben wir auch gestern im Ausschuss dazu diskutiert, die Rechte der Kommune in Hinsicht auf Bau- und Raumordnungsgesetz stärken, das ist das, was wir gestern auch diskutiert haben. Die Frage der Abtretungen, da war es früher möglich von Seiten der Kommunen sehr viel mehr einzufordern, mittlerweile ist das sehr gering, mittlerweile geht das nur noch bei unbebauten Gebieten und Aufschließungen. Das hat sich tatsächlich in den letzten Jahrzehnten verschlechtert und das wäre etwas, so wie wir auch schon viele Petitionen eingebracht haben, zu Änderung des Baugesetzes und Raumordnungsgesetzes, woran man weiterarbeiten kann, damit man die Steuerungsmöglichkeiten der Kommune stärkt. Ein letztes noch bezogen auf Andritz, die Verkehrslösung, vollkommen richtig, wir brauchen eine umfassende Verkehrslösung für das ganze Gebiet und den Andritzer Hauptplatz, das ist eine völlig korrekte Forderung, auch der Bürgerinitiativen vor Ort. Das ist nur nichts, was mit einem Bebauungsplan gelöst wird, sondern das ist etwas, was wir eben noch

auszuarbeiten haben, und ich bin positiv gestimmt, dass wir bald auch Ergebnisse haben werden. In diesem Sinne, wie gesagt, der Bebauungsplan ist nicht der beste, unter den gegebenen Bedingungen aber vielleicht der einzig mögliche. Und wir stimmen dem zu. Danke (*Appl.*).

GR Brandstätter:

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und im Livestream. Ich möchte meine Wortmeldung, die auch eine Wortmeldung bleibt, vielleicht mit einer tatsächlichen Berichtigung beginnen. Es gibt eine Geschäftsordnung, Frau Bürgermeisterin, und Sie sind verpflichtet, sich an diese Geschäftsordnung zu halten und ich wäre sehr froh, wenn Sie das auch tun, wenn Sie Anfragen zur Geschäftsordnung auch zulassen würden, weil das alles in unserem Statut und in unserer Geschäftsordnung so verankert ist und sich auch so gehört (*Appl.*).

Unabhängig davon glaube ich nicht, dass der Herr Pascuttini einen Anwalt braucht, das kann er ganz gut selbst, aber da sind schwere Vorwürfe eigentlich erhoben worden. Sie drehen Wörter den Menschen im Mund, Sie behaupten Dinge, die falsch sind und Sie behaupten vor allem, dass andere das tun würden, aber in Wirklichkeit machen Sie das selbst. Weil die Wahrheit ist, Sie reden davon, dass eine Bausperre dieses Projekt verbessern oder verändern hätte können. Das ist einfach falsch. Damit behaupten Sie etwas, was einfach nicht stimmt, und da geht es einfach darum, schon dabei zu bleiben, dass man Wahrheit sagt und nicht behauptet, eine Bausperre würde verhindern, dass jetzt gebaut wird. Und dann wird es als etwas Schlimmes dargestellt, dass die Opposition über Dinge wie das Stadtentwicklungskonzept verhandeln wolle. Das ist ja wohl das Notwendigste, wenn ich eine Zweidrittelmehrheit brauche, dass ich auch die Opposition so einbinde, dass sie ihre Punkte und Anliegen hier auch wahrnehmbar machen kann. Und genau das ist eingefordert worden, genau das ist passiert, und deswegen sind wir als Opposition heute auch bereit mit Ihnen gemeinsam einen Schritt zu gehen und hier Entwicklungen voranzutreiben, die nicht wir verhindert haben, die nicht deswegen nicht passiert sind, weil wir jetzt auf der

Bremse gestanden sind, sondern weil wir überzeugt waren, dass es so wie es aufgelegt hätte werden sollen, noch nicht gut war, und dasselbe gilt beim Grünflächenfaktor. Da bin ich gespannt, reden wir in drei Monaten darüber welche Bedenken, die wir heute aufgeworfen haben, dann alle tatsächlich der Wahrheit entsprechen werden, weil ich bin mir sicher, dass es eben genau die Punkte sein werden, die wir heute angesprochen haben. Und wenn man dann zu stolz ist, um noch eine Runde zu drehen, oder nicht dazu bereit ist, auf diese Dinge einzugehen, dann ist das sehr schade aber es ist sicher nicht dieser Stadt dienlich und sicher dem dienlich, dass wir gemeinsam zu guten Lösungen für unsere Stadt kommen. Vielen Dank (*Appl.*).

GR Zirngast: (zur tatsächlichen Berichtigung)

So, jetzt mache ich das auch einmal, tatsächliche Berichtigung, weil es der Alexis und du jetzt gesagt haben. Die Frau Bürgermeisterin hat gesagt, dass die Bausperre für zukünftige Projekte relevant wäre, nicht, dass die Bausperre dieses Projekt jetzt verhindern oder aufschieben hätte können. Und worum geht es? Was ist eine Bausperre? Das hätte geheißen bei der STEK-Auflage, als der Auflage des Stadtentwicklungskonzeptes, dass in der Zeit der Auflage Projekte eingereicht werden können, aber eben nur den Kriterien des aufgelegten Stadtentwicklungskonzeptes und nicht des noch rechtgültigen entsprechen. Und das ist ja sozusagen nicht im Gesamt-STEK-Paket drinnen, das heißt, über die Auflageperiode im Sommer können Projekte noch ab dem gültigen rechtgültigen STEK eingereicht werden und eben nicht nach dem zukünftigen. Und das hat sie gesagt und nichts anderes (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Vielleicht noch einmal ergänzend zum Herrn Kollegen Brandstätter. Wir können noch ganz viele Runden drehen und wir haben beim nächsten Tagesordnungspunkt noch einmal das STEK. Und ich hoffe nach wie vor auf breite Zustimmung zur Auflage, damit alle sehen können, alle Bürgerinnen und Bürger einmal sehen können, was wir

vorhaben. Damit Einwendungen und die Leute einfach anmerken können, was sie daran gut finden, was sie schlecht finden und wir weiterarbeiten können. Wir haben Runden über Runden gedreht, nicht nur in Bezug auf das STEK, sondern auch in Bezug auf den Grünflächenfaktor. Und das möchte ich einmal richtigstellen, wir haben mehr als jemals hier gewohnt, gerade in Bezug auf diese Fragen, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eingebunden. Wir haben Sonder- und Unterausschüsse gemacht und haben dort wirklich ausgiebig diskutiert, und auch diesen Bebauungsplan. Und ich weiß, es stehen jetzt viele Menschen oben, die ganz und gar nicht zufrieden sind mit dem, was hier wahrscheinlich mehrheitlich beschlossen wird. Der Kollege Max Zirngast hat es jetzt schon erwähnt, sozusagen in welchem Korsett wir uns befinden und was notwendig macht zum Beschluss. Aber ich möchte schon erwähnen, dass wir uns sehr, sehr, sehr bemüht haben, viele der Einwendungen sehr ernst zu nehmen. Wir haben uns bemüht, das Wasser, es gibt ein wasserrechtliches Gutachten. In Richtung Kollege Pascuttini möchte ich sagen, das war im Ausschuss mehrfach dort auch diskutiert und erwähnt und informiert. Wir haben uns um eine Verkehrslösung bemüht. Es ist ja der Wunsch in der Rohrbachergasse und in der Staudacher Siedlung, hier ein Wohnstraßengebiet zu machen. Das Problem war in der Vergangenheit, und soweit ich weiß, hat es schon 2019 ein Ansuchen gegeben an die Verkehrsplanung, es konnte sich, und ein externes Gutachten, man konnte sich nur leider nie einen Konsens finden zwischen den Anrainer:innen und den unterschiedlichsten Bedürfnissen ja nach Gasse, und der Verkehrsplanung mit den Fachvorschlägen. Wir haben das nochmals vor Ort geprüft, wir werden die Wohnstraßen, die fachliche Prüfung von Wohnstraßen und deren Möglichkeit von Wohnstraßen ist jetzt abgeschlossen. Und wir werden im Herbst, es gibt ja dieses Prozedere zum Beschluss von Wohnstraßen in die Siedlungen gehen, die Hausbefragung wird durchgeführt und es liegt jetzt in der Hand der Anrainer:innen, wenn alle dafür sind, werden dort Wohnstraßen umgesetzt. Zusätzlich überprüfen wir gemeinsam mit dem Straßenamt, ob man physische Sperren machen kann wie Poller und so weiter, auch das wird von Fachabteilungen geprüft. Wir haben außerdem, und das ist jetzt sozusagen der Neuauflage des Bebauungsplans geschuldet, einen Vertrag mit dem Antragsteller. Es kommen Gehsteige zusätzlich, Bäume und

Beleuchtung. Wir haben eine maßvolle Reduktion der Bebauungsmöglichkeit geschafft nach den Einwendungen. Und ja, das Projekt liegt jetzt vor und es gibt gewisse rechtliche Rahmenbedingungen, die uns auch da die Notwendigkeit eines Beschlusses erforderlich machen. Ich weiß, es sind nicht alle zufrieden, vor allem Sie, die hier oben sind, Ich hoffe trotzdem, dass gerade, wenn man jetzt in Richtung Verkehrs-
sozusagen -Projekt, ich glaube, es gibt genug Parkplätze in Andritz. Wir haben ein Projekt, das in Zentrumsnähe ist und das Gute an dem Projekt ist, vielleicht können wir uns zumindest auf das einigen, dass wir den Vorgaben einer 15-Minuten-Stadt dort gewährleisten und alle schnell an der Endstation Andritz sind beziehungsweise Bussen, Bussystem, und gerade dort noch einen Parkplatz zu machen oder ein Tiefgarage, sehe ich als nicht wirklich sinnvoll, wenn wir den Verkehr dort und die Mobilität reduzieren wollen. In diesem Sinne bitte ich um Verständnis, dass das Projekt jetzt aussieht wie es ist. Ja, wir haben versprochen es anders zu machen. Leider sind grad im Bausektor, die Projekte haben eine sehr, sehr lange Vorlaufzeit, das ist keine Ausrede. Wir machen es besser mit einem STEK das wir auch auflegen, wo wir schauen, dass es mehr Grün gibt, dass wir eine klimaorientierte Stadtplanung haben und viele Dinge nachholen, die in der Vergangenheit versäumt sind. wir haben ausgiebig darüber diskutiert und ich hoffe trotzdem noch um Zustimmung beim nächsten Tagesordnungspunkt. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Herlicska:

Sehr viel haben wir jetzt diskutiert Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ganz besonders, liebe Vertreter:innen der Bürgerinitiativen der unterschiedlichsten in Andritz. Schön, dass Sie da sind, herzlich willkommen, und dass Sie auch zuhören. Und ganz besonders an Sie möchte ich jetzt meine Wortmeldung richten. Wir haben jetzt wirklich was diesen Bebauungsplan betrifft, einen Prozess erlebt, der aufzeigt, wie wichtig diese Initiativen tatsächlich sind. Weil ich glaube, die mediale und die konzentrierte Wiederaufrollung vieler Fragen wäre so nicht vonstattengegangen, hätte Sie sich nicht sie viel dafür eingesetzt. Dafür möchte ich mich bedanken. Natürlich ist dieses Ergebnis für Sie jetzt nicht

zufriedenstellend. Auch das kann ich nachvollziehen, auch ich finde den Bebauungsplan nicht formvollendet schön, aber es wurde, glaube ich, jetzt vielfach dargelegt, warum die Notwendigkeiten nun da ist, dem nachzukommen. Auch die rechtlichen Grundlagen wurden hier geprüft und wir sehen jetzt auch, dass wir schon viel früher in solche Prozesse eingreifen können müssen beziehungsweise ganz andere Augenmerke legen müssen, was wir uns ja auch vorgenommen haben, damit es zu solchen Bebauungsplänen in dieser Form, die uns nicht gefällt, erst gar nicht kommt. Und ich glaube, das ist eine Aufgabe, die wir erfüllen werden und wir uns auch im nächsten Tagesordnungspunkt noch weiter damit beschäftigen werden. Aber eines möchte ich schon sagen, was ich als positiven Impuls hier jetzt mitnehme, und das sage ich als Andritzerin, die jeden Tag mindestens einmal am Andritzer Hauptplatz unterwegs ist und mindestens einmal am Tag an eben diesem Baugrundstück mit dem Fahrrad vorbeifährt, der Impuls, dass hier jetzt wirklich eine Verkehrslösung kommen wird, wo man wirklich jetzt das angehen wird, ist unglaublich wichtig, weil es ist eine so stressbehaftete Kreuzung dort, das ist so eine stressbehaftete Verkehrssituation, und ich freue mich, wenn hier auch wieder möglichst viele Menschen mitreden und wir eine Lösung für alle Verkehrsbeteiligten dort finden können. Also danke, bitte weitermache, auch mit Ihrer Begleitung von diesen Prozessen, die in unserem Bezirk passieren, und vielen Dank für eure Aufmerksamkeit (*Appl.*).

GR DI Topf:

Ich bedanke mich für die letzten Wortmeldungen, die darauf hinzielen oder darauf hinweisen, dass Sie möglicherweise bei meinem Zusatzantrag mitgehen, weil genau das fordere ich ja heute in einem Zusatzantrag (*Appl.*).

Es ist mir schon klar, dass das nicht unmittelbar mit dem Bebauungsplan zu tun hat, aber ich habe ja doch ganz klar gesagt, das, was die Frau Bürgermeister-Stellvertreterin gesagt hat, dass in diesem Quartier möglichst rasch, und ich würde das mit einem Zusatzantrag initiieren wollen, hier eine Verkehrslösung im Quartier gemacht wird. Also ich weiß nicht, wieso man jetzt sagt, es ist notwendig, dass man das macht, aber

dem Zusatzantrag dann nicht zustimmt. Ich habe im Punkt 2, da kann man darüber diskutieren, eine Lösung angeboten, weil ja der Bereich der alten Tankstelle momentan ja nicht verbaut werden soll, dass man hier vielleicht überlegt, hier einen Konsens zu finden, dass man den Parkdruck, der dort entstehen wird, etwas herausnimmt, das ist die einfache Erklärung eines Zusatzantrages. Also ich möchte nicht mehr und nicht weniger, sondern einfach darüber nachdenken, kann man den Bauplatz A jetzt einmal für einen bestimmten Zeitraum nutzen. Und der Punkt 1 sagt nichts anderes als das, was ja von euch gesagt wurde, machen wir relativ rasch für das gesamte Quartier eine Gesamtlösung für den Verkehr. Die Frau Bürgermeister-Stellvertreterin hat ja die Wohnstraße Rohrbachergasse angeschnitten, das steht auch in meinem Antrag so drinnen. Danke (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Geschätzte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren im Livestream. Bevor ich auf den Kollegen Georg Topf antworte, auf seine Frage, ob wir dem Zusatzantrag zustimmen wollen, darf ich noch ganz kurz auf Alexis Pascuttini eingehen. Ich habe inzwischen nachgeschaut, Alexis, ich schätze dich sehr, du bist Hauptausschussmitglied im Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung, du bist Jurist und du erregst dich hier zu Recht über Antwortstrecken auf deine Anfragen. Ich darf dir aber Folgendes sagen, das eine ist, du kannst in einem Ausschuss, oder auch deine Vertreter, das ist der Kollege Michael Winter, auch Jurist meines Wissens, dort Fragen stellen, du kannst natürlich auch Fachbeamt:innen, bis hin zu den politischen Büromitarbeiter:innen, nehme ich einmal an, das gilt wahrscheinlich für alle Ausschüsse, also ich habe es zumindest so erfahren, immer wieder zugehen, auch ohne, dass du Ausschussmitglied bist. Man muss nicht immer gleich alles in Anfragen gießen, Punkt eins. Punkt zwei, genau diese fünf Fragepunkte, die du moniert hast, die sind im Ausschuss diskutiert worden. Die hättest du wahrscheinlich auch von den entsprechenden Fachabteilungen, oder wenn es nur beim Herrn DI Inninger oder bei der Referentin für den Bebauungsplan oder auch bei

der Frau DIⁱⁿ Mahr, man hätte dich einfach an die richtige Stelle verwiesen, du hättest deine Anfragebeantwortung bekommen. Das ist das eine, das andere, du behauptest hier, und da muss ich schon fragen, meinst du das ernst als Jurist, du behauptest hier, dass die Beantwortungen der 41 Einwendungen und drei Stellungnahmen erst nach dem Bebauungsplanbeschluss gemacht werden. Die sind dem Beschlussstück angeschlossen. Die beschließen wir unter Punkt 2, letzte Seite, die beschließen wir heute hier mit, die Antworten beschließen wir hier mit, und das steht auch so im Gesetz. Und das solltest du wissen. Und wenn du das wider das Wissen, das du als Jurist hast, hier der Öffentlichkeit anders versucht zu kommunizieren, zu verkaufen, sage ich bald, dann muss ich echt fragen, ob wir immer ernsthaft miteinander reden. Ich würde mir das wünschen. Dankeschön. Zum Kollegen Topf, ganz kurz, ja, der Zusatzantrag, der hat schon was (*Appl.*).

Das eine ist, es wird selbstverständlich von der Verkehrsplanung an einer Konzeption der Verkehrslösung gearbeitet, aber dafür brauchen wir den Zusatzantrag nicht. Das andere ist, ihr postuliert, du postulierst einfach, dass es hier zu wenig Parkplätze geben wird. Der Bebauungsplan schreibt ganz genau vor, in welchen Bereichen Parkplätze hergestellt werden müssen, für Wohnen, für Bürobetriebe, für Handel- und Gastronomiebetriebe. Das hast du als Ausschussmitglied, du nimmst ja Teil, glaube ich, alles auch mitbekommen, und wir wissen, auf welcher Grundlage solche Parkplatzschlüssel von der Verkehrsplanung entwickelt werden. Und nur zur Erinnerung, Deckplan 3, Stadtentwicklungskonzept, das ganze Bebauungsplangebiet ist in höchsten Bedienkategorie, die wir in Graz anzubieten haben, städtische Bedienqualität 1, in 300 Metern Radius, zwei Straßenbahnlinien, eine große Anzahl an Buslinien, das Radwegenetz, vor allem Richtung Innenstadt, aber auch darüber hinaus, ist dort großteils vorhanden, wird natürlich auch sukzessiv verbessert. Wohnstraßen beziehungsweise grüne Meile sind Dinge, an denen gearbeitet wird. Ich denke, wir müssen uns als Stadt nicht darum kümmern, ob ein derzeit noch nicht in die Bebauung gehendes Grundstück als Parkplatz hergerichtet wird. Das werden sich, und damit wäre ich nicht einmal besonders glücklich, vielleicht die privaten Eigentümer miteinander ausmachen, da sehe ich uns als Gemeinderat nicht unbedingt

notwendigerweise als Geburtshelfer:innen. Insofern danke, wir werden deinem Zusatzantrag nicht zustimmen, aber ich schätze deine Arbeit sehr, aber es ist nicht immer so, dass wir zu wenig Parkplätze haben. Ihr redet zwar gerne darüber aber es ist nicht die Wahrheit (*Appl.*).

KO GR Mag. Pascuttini:

Ich freue mich sehr, dass ich noch einmal etwas sagen darf. Die Geschäftsordnung ist scheinbar wieder in Kraft. Herzlichen Glückwunsch, Frau Bürgermeisterin, zum Zitat des Tages: „Es gibt keine Geschäftsordnung.“ Da fehlt nicht mehr viel zum berühmten Zitat: „Der Staat bin ich – die Stadt bin ich.“ Das ist nicht schlecht, werde ich so aber auch nicht akzeptieren. Es hat mich gefreut, dass dann so viele hier auch repliziert haben, es waren sehr vernünftige Wortmeldungen dabei, es waren auch weniger vernünftige Wortmeldungen dabei. Alles werde ich nicht wiederkauen. Ich glaube, was eindeutig belegt ist, und ich habe mir es jetzt noch einmal angehört im Livestream, man kann es sich ja 100 Mal anhören, Sie haben sehr wohl uns vorgeworfen, dass wir diese Bausperre verhindert hätten, die in diesem Fall genau gar nicht gebracht hätte. Und das ist diese falsche Politik, die Sie hier betreiben, und ich Ihnen schon auch vorwerfen darf. Dann ist es ein bisschen persönlich geworden, und ich sage es Ihnen noch einmal, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt. Wer welche Ausschuss wann besucht oder nicht besucht aus beruflichen Gründen, das geht Sie alle hier nichts an. Aber ich bin stolz darauf, dass Sie das thematisieren, weil ich gehöre zu den Leuten, die in diesem Staat noch einzahlen, und da gehören viele dazu, da gehört die Frau Schleicher dazu, da gehören sehr, sehr viele Menschen dazu. Und auch von Ihnen gehören viele Menschen dazu, weil auch von Ihnen sind die Leute, sage ich, mehr oder weniger berufstätig. Und der Kollege Dreisiebner ist Berufspolitiker, kann man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen. Du arbeitest sonst nicht, du bist Klubobmann, genauso wie ich, du arbeitest sonst nicht, du nimmst nur aus dem Staatstopf und da steht es dir natürlich frei, deine Zeit so einzuteilen, dass du den ganzen Tag alles Mögliche machst. Ich bin berufstätig, viele andere sind berufstätig. Ich glaube, man

wollte in diesem Land auch Politiker, die auch berufstätig sind, die vielleicht das Leben haben, das die Menschen da draußen haben, die nicht in irgendeinem abgekapselten System leben. Das an dieser Stelle. Abschließens darf ich Ihnen noch sagen, was diese Diskussion mit sich gebracht hat, man sieht, dass wir wirklich über diese Verbauungsthematik ernsthaft diskutieren müssen. Und da frage ich dich, lieber Max Zirngast, bitte, beantworte doch die Frage im Plenum und offenherzig: Waren wir hier nicht konstruktiv in den letzten Wochen, nachdem wir gesagt haben, wir würden das jetzt gerne dann auch beschlossen wissen? Da war ich der Letzte, der gesagt hat, wir wollen hier irgendwie aus böser Art und Weise etwas machen. Da waren wir konstruktiv, aber wir wollten es nicht überfallsartig beschlossen haben. Weil was war das Problem mit dem STEK Im Mai? Was war das Problem? Auf einmal ist es da, und das ist es sehr oft, das Problem, dass die Dinge auf einmal auftauchen, dass die Dinge dann hier sind, dann sind sie wieder komplett anders. Das ist leider das Problem, ihr könnt es besser. Wenn ich daran denke, wie wir jetzt die Richtlinie, wegen den politischen Mitteln, wegen den Klubmitteln ausgearbeitet haben, da hat es vier oder fünf Treffen geben, die waren konstruktiv, und dann habe ich darum gebeten, bitte, legen wir die Zeit auch so fest, dass die Berufstätigen können. Ja, es war großartig, aber tut mir leid, Montag und Dienstag um 10.00 Uhr am Vormittag, da arbeitet der Durchschnittsösterreicher, der einzahlt, der arbeite noch und wir können froh sein, weil einen Teil davon nehmen wir Monat für Monat in unser Sackerl. Und eines darf ich auch noch abschließend sagen, Sie werden das jetzt so abstimmen, wie es abstimmen wollen, der eine oder andere wird heute am Abend noch einmal an meine Worte denken, wird sich denken, zu einem gewissen Teil hat er doch auch Recht gehabt (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Irgendwas hat es hier mit Andritz, weil die Diskussion, so eine habe ich noch nie erlebt. Es ist viel weitergegangen, als es Andritz betrifft. Vielleicht noch eine kurze Anmerkung

auch noch von meiner Seite an dich, Alexis Pascuttini. Wir würden uns sehr freuen, wenn du im Ausschuss mitdiskutierst (*Appl.*).

Das wäre oft, vielleicht auch manchmal lustiger, weil die Diskussion ist immer sehr sachlich und sehr inhaltlich. Gut, ansonsten bleibt mir nicht viel dazu zu sagen. Ich glaube, es ist alles gesagt worden (*Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG, Neos, FPÖ und Lohr) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) abgelehnt.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, das ist Punkt 7, Berichterstatterin ist Frau Gemeinderätin Würz-Stalder, hier geht es um das Stadtentwicklungskonzept und dessen Auflage. Wichtig ist, dass hier die Zustimmung zwei Dritte der Anwesenden gegeben sein muss.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder

6.22 Stk. 7) A14-088058/2023/0001

erhöhte Mehrheit

**4.08 STADTENTWICKLUNGSKONZEPT
DER LANDESHAUPTSTADTGRAZ**

**– 8. Änderung,
Auflage des Entwurfs gemäß § 24 Abs 1
StROG**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Die Diskussion ist eigentlich schon losgegangen beim letzten Stück. Ich darf Ihnen und euch hier allen Anwesenden und auch den Besucher:innen im Livestream die Auflage des 4.08 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz, der 8. Änderung des

Entwurfs, gemäß § 24 Abs 1 nach Steiermärkischen Raumordnungsgesetz berichten. Das Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2010 sieht für die für örtliche Raumordnung vor, bei wesentlichen Änderungen der Planungsvoraussetzungen, eine Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes, des Flächenwidmungsplanes und der Bebauungspläne und damit des Räumlichen Leitbildes vorzunehmen. Zu allererst, in diesem Bericht möchte ich mit einer Dankesrunde starten. Zuerst einmal bei allen beteiligten Fachabteilungen und ihren Mitarbeiter:innen für die eingehende Diskussion zur fachlichen Abstimmung (*Appl.*), bei allen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, für die engagierte Diskussion und die kritischen Fragen und Anmerkungen. Und ganz ausdrücklich möchte ich mich bei der Leiterin des Referats für Stadtentwicklung und Flächenwidmung, Frau Benedikt, und beim Leiter der Stadtplanung, Bernard Inninger, bedanken. Sie haben in wochenlanger, wirklich sehr eingehender Arbeit, vielen Diskussionen immer wieder sehr, sehr ausführlich Bericht erstattet und Antworten gegeben. Der einstimmige Beschluss zur Klimaschutzstrategie Graz ist der Auftrag an die Stadt Graz, das Stadtentwicklungskonzept an die beschlossenen Klimaschutzziele anzupassen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind eine Strategie zur Sicherung unserer Lebensbedingungen. Naturräume müssen geschützt werden, stadtklimatologischen Ziele sind in die Grundlage für eine lebenswerte und sozial faire Stadtentwicklung zu integrieren. Die wichtigsten Themen sind dabei Zentrenbildung und kompakte Siedlungen, die Zersiedelung an den Rändern vermeiden und Stadtflächen sparen für Bebauung und den Boden schützen. Mehr Grün in unserer Stadt, das erreicht wird durch höhere Anteile an Grünflächen in jedem Siedlungstyp und jedem Bauverfahren. Wohnungsvegetationen an Fassaden, auf Dächern und durch Bäume, die hier zur Möglichkeit bestehen, von Naturgefahren wie Oberflächenwässer und Hangrutschungen schützen gezielte Auflagen und die Freihaltung von Bebauung. Höhere Energiesicherheit durch einen höheren Anteil an erneuerbarer Energie, die durch die Errichtung von PV-Anlagen verankert wird. In der Mobilität wird aktiv und gesundheitsfördernd in einer Stadt der kurzen Wege gegangen und Rad gefahren, dies soll gefördert und ermöglicht werden und öffentlicher Verkehr wird ausgebaut. Der Wohnbau wird bedarfsgerecht oder soll bedarfsgerecht errichtet werden, dafür

werden Vorbehaltsflächen für gemeinnützigen Wohnbau sichergestellt. Mindestwohngrößen und Wohnungsschlüssel sollen definiert werden oder werden definiert und die Beteiligung wird verankert. Zur Baukultur, auch diese wird gestärkt. Maximale Bauvolumen im Grüngürtel von Villen- und Einfamilienhausgebieten werden festgelegt. Kleinteiligeres Bauen im Blockrandbebauung und Ortszentren fördern lebendige Stadtviertel und offene Laubengänge werden stark eingeschränkt. Auch ein Punkt, das KIS soll laufend Daten zu Temperaturen und Niederschlägen liefern und mit Hilfe dieser soll laufend die Planung angepasst werden können. Das 4.08 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz, also die 8. Änderung des Entwurfs, wird über zehn Wochen in der Zeit vom 20. Juli 2023 bis 28. September 2023 aufgelegt. Darüber hinaus sind zwei öffentliche Informationstermine zum STEK festgelegt, und zwar sowohl für die Bezirksrät:innen, als auch für die Bürger:innen. Ich stelle daher namens des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. die Auflage des 4.08 Stadtentwicklungskonzept – 8. Änderung – Entwurf in der Verordnung, den plangraphischen Darstellungen und dem Erläuterungsbericht,
2. den Entwurf zum 4.08 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz – 8. Änderung im Amtsblatt vom 19. Juli 2023 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 20. Juli 2023 bis 28. September 2023 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

Ich bitte um breite Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *die Auflage des 4.08 Stadtentwicklungskonzept – 8. Änderung – Entwurf in der Verordnung, den plangraphischen Darstellungen und dem Erläuterungsbericht,*

2. *den Entwurf zum 4.08 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz – 8. Änderung im Amtsblatt vom 19. Juli 2023 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 20. Juli 2023 bis 28. September 2023 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.*

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.43 Uhr).

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung und des Gemeinderates. Ja, wir werden als Grazer Volkspartei der Auflage zustimmen. Nein, es ist keine Zustimmung für die endgültige Beschlussfassung. Wir möchten mit dem heutigen Beschluss die große Diskussion, die mit Einbeziehung der Expertinnen und Experten und der Bevölkerung ermöglichen. Wenn in den Grazer Gemeinderat ein Stück eingebracht wird, dann gehe ich davon aus, dass es ausgereift ist. In der Mai-Sitzung, und das ist auch gerade vorhin schon angeklungen, hat die Frau Vizebürgermeisterin versucht, dieses Stück mit der Brechstange durchzubringen und es ist nachweislich, dass dieses Stück damals noch nicht ausgereift war. Wir haben damals als ÖVP angeregt, dass es weitere Verhandlungen gibt. Die haben dann Gott sei Dank auch stattgefunden. Und nicht nur wir, sondern auch andere Fraktionen konnten Gott sei Dank jetzt in das Auflagestück einige Punkte hineinverhandeln, wie zum Beispiel haben wir den Wirtschaftsstandort wieder in die Grundsätze hereingebracht, die Inklusion wurde zur Zielsetzung erklärt und wir konnten auch eine Verbesserung der Kleingartensituation bewirken. Wichtig ist, und ich wiederhole das noch einmal, dass jetzt wirklich möglichst viele Menschen in der Stadt eingebunden werden. Das Stadtentwicklungskonzept ist viel mehr als ein Raumplanungswerkzeug, es betrifft alle Menschen und es soll für uns eine Richtschnur, für uns als Politik, aber insgesamt als Stadt, eine Richtschnur für die Entwicklung der nächsten 5, 10 beziehungsweise 15 Jahre sein. Und wir haben als Grazer Volkspartei zwei große Kritikpunkte, die sind nach

wie vor noch vorhanden und ich hoffe, dass wir die Zeit jetzt der Begutachtung nutzen können. Es fehlt leider der Altstadt- sowie Ortsbildschutz. Es kann weiterhin die alte Villa abgerissen und durch einen mehrstöckigen Blockbau ersetzt werden. Und genau das war es ja, was auch die jetzige Koalition versprochen hat, dass man diese Verbauung auch aus der Redenschaft und von diesen Möglichkeiten, dass man das jetzt unterbindet, sehe ich im jetzigen Vorschlag leider wenig bis nichts. Zum anderen enthält ...

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner** unverständlich (schüttelt den Kopf).*

StR Hohensinner:

... Frau Vizebürgermeisterin, du kann dich dann auch zu Wort melden, bitte nicht immer reinkeppeln. Danke (*Appl.*).

Zum anderen enthält dieser Vorschlag Verschlechterungen im Hinblick auf die tatsächlichen Baukosten. Es ist ein Trugschluss, dass weitere Vorschriften das Bauen billiger machen, wie zum Beispiel die Farbgestaltung, Dachbegrünung oder die Vorschreibung von irgendwelchen Baustoffen. Das sind alles Kosten, die nicht bei den großen Bauträgern oder bei den Investoren dann hängen bleiben, nein, das haben die Mieter, Mieterinnen und Häuslbauer dann zu stemmen und zu schultern. Leider wird versucht den Klimaschutz am Rücken der Bevölkerung abzuladen. Wenn wir uns die Gesamtsituation anschauen, müssen wir eigentlich alle danach streben, dass wir das Wohnen auch in der Zukunft leistbar gestalten. Wer fleißig ist, wer arbeitet, soll sich in Zukunft auch noch Eigentum anschaffen können (*Appl.*).

Deshalb schlagen wir dezidiert den umgekehrten Weg vor und sagen, ja, es braucht Verbesserungen zum Thema Klimaschutz, aber das soll durch finanzielle Anreize, durch Förderungen erfolgen und nicht durch Zwänge. Kurz gesagt, die Koalition schreit irrsinnig viel vor in dem Vorschlag, wie gebaut werden soll, aber zu wenig, was gebaut werden soll. Ich ersuche jetzt noch einmal, dass wir uns die Zeit nehmen in den

nächsten Wochen, dass wir über dieses Papier drüberarbeiten, dass dieses STEK oder diese Änderungen wirklich für mehr Qualität im Bauen sorgen wird. Ich möchte noch am Schluss eine Feststellung, auch ein Stadtentwicklungskonzept soll wirklich für die breite Bevölkerung da sein und nicht nur für einige Teile der Bevölkerung. Danke (Appl.).

GR Zirngast:

Geschätzte Kolleg:innen, liebe Zuseher:innen. Ich mache es recht kurz, wir haben eh vorhin recht ausführlich auch über das Bauen und die Steuerungselemente diskutiert. Das Stadtentwicklungskonzept, genauso wie die Verordnung zum Grünflächenfaktor, die im Stadtsenat beide einstimmig beschlossen wurden, und hier auch vom Kollegen Topf immer wieder auch als Antrag eingebracht wurde, sind hier sehr wichtige Instrumente, dass wir eben tatsächlich die Stadtentwicklung in Graz in Zukunft noch besser gestalten können. Ich möchte mich für den ganzen Prozess bedanken, den Prozess, mit dem wir hier hergekommen sind bedanken, vor allem bei den Fachämtern, der Abteilung für Stadtplanung, beim Stadtplanungsamt, die sozusagen auch diesen nicht immer einfachen politischen Prozess begleitet haben und versucht haben, und auch sehr erfolgreich versucht haben, die unterschiedlichsten Vorschläge von anderen Fraktionen einzuarbeiten, und das ist ja bei der jetzt vorliegenden Fassung auch passiert. Es sind eben auch von den anderen Fraktionen, der ÖVP, KFG, die Vorschläge eingearbeitet worden, und das wird jetzt zur Auflage gebracht und eben auch weiter diskutiert werden bevor es dann zu einer endgültigen Beschlussfassung kommt. Ich wollte nur noch kurz anmerken, zu dem Punkt des leistbaren Wohnens. Jetzt ist es natürlich vollkommen richtig, dass es leider etwas der Fall ist, dass steigende Baukosten weitergegeben werden an die Mieterinnen und Mieter. Und genau deswegen fordern wir auch vielerorts, wir haben auch eine Kampagne zum Thema Mietpreisobergrenzen und ein modernes Mietrecht, um genau das zu verhindern. Und weil natürlich dann auch der Vorwurf kommen kann, dann wird weniger gebaut und durch das geringere Angebot steigen die Kosten, muss man

einerseits sagen, erstens die Kosten in den letzten Jahren massiv gestiegen für Mieterinnen und Mieter, und da kann man jetzt nicht unbedingt sagen, dass wenig gebaut wurde in dieser Zeit. Und das Zweite ist, wenn tatsächlich sozusagen private Bautätigkeit weniger werden sollte, aus welchen Gründen auch immer, dann kann man ja immer auch noch öffentlichen Wohnraum schaffen, wo ja sozusagen auch die Kommune, die Politik, wir hier, mehr Einflussmöglichkeiten auf die Preisgestaltung haben. Und in Graz haben wir ja auch durchaus eine gute Preisgestaltung, die es Gemeindemieterinnen und -mietern ermöglicht, immer noch recht kostengünstig zu wohnen. Danke (*Appl.*).

GR DI Topf:

Ich ersuche um Nachsicht, dass ich heute öfters hier draußen stehe. Wie unser Herr Stadtparteiobmann Kurt Hohensinner bereits erklärt hat, werden wir heute dem Beschluss zustimmen. Das ist einmal immerhin schon klargestellt. Jetzt habe ich ein paar persönliche Anmerkungen. Für mich ist es wichtig, dass es uns gelungen ist, zumindest für die Auflage schon einzelne Punkte, die aus unserer Sicht erstaunlicherweise vorkamen oder nicht vorkamen, im Entwurf zu ändern. Persönlich ansprechen möchte ich, und wer meine durchaus emotionale Rede in der letzten Diskussion gesehen hat, insbesondere die Kleingärten. Das, was sich bisher im Entwurf befunden hat, also ich weiß gar nicht, wer das da hineingeschrieben hat, den hätte ich gerne persönlich auch angesprochen, hätte die Situation der Betroffenen stark verschlimmert. Durchwegung ohne Zustimmung, keine Erweiterungen in der Kleingartenstruktur mehr, alles Tatsachen, die langfristig dem bewährten Angebot der Kleingärten massiv geschadet hätten. Ein Angebot, das für viele Grazerinnen und Grazer ein Stück Grün bedeutet, heute haben wir schon über Grün gesprochen, ein Stück Natur, das sie selbst oder gemeinsam mit ihren Lieben, mit ihren Familien und mit ihren Angehörigen nutzen können. Ein Stück Aufenthaltsqualität im Sommer, das wir nunmehr langfristig absichern können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, wie gesagt, persönlich von mir ganz stark unterstrichen. Durch unsere Überzeugungsarbeit, und

das war eben ein Prozess, der länger gedauert hat, gelang es uns sogar zusätzliche Flächen für neue Kleingartenanlagen in Aussicht gestellt zu bekommen. Ein wichtiger Schritt, den wir als ÖVP mit hineinverhandelt haben. Danke, dass das aufgenommen wurde, sage ich bewusst dazu. Ähnlich erging es im Bereich der Wirtschaftlichkeit, die Elektromobilität, die sich zumindest nicht mehr komplett gestrichen wiederfindet, oder auch die Inklusion, ist schon angesprochen worden, ganz ein wichtiger Punkt auch für unsere Fraktion. Alles Punkte, die schon jetzt durch unseren Beteiligungsprozess im Entwurf enthalten sind. Wichtig ist allerdings, und das betone ich jetzt auch, dass hiermit noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Die Verhandlungen beginnen erst. Erlauben Sie mir daher, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, noch einen Appell am Schluss meiner Wortmeldung. Bisher, so hatte zumindest ich das Gefühl, wurde eher versucht zu überzeugen, man ging davon aus, dass man ohnehin am richtigen Weg ist, quasi die Wahrheit hätte und das Gegenüber nicht verstehen wolle, nicht erkennen, wie großartig der Entwurf ist. Manchmal, und das habe ich selbst so empfunden, hatte man sogar den Eindruck, dass versucht wurde, zu suggerieren, das gegenüber, in diesem Fall ich, oder wir, kommen gar nicht mit oder ist einfach überfordert. In der Politik muss man allerdings auch akzeptieren, dass nicht alle immer der gleichen Meinung sind. Unterschiedliche Meinungen sind notwendig und sogar erwünscht. Dieses zu einem Großen zusammenzuführen ist die Kunst der Politik. Und frei nach Max Weber: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern.“ Daher sollten die angesprochenen zukünftigen Verhandlungen, die wir jetzt führen werden, auch in diesem Geist geführt werden. Das ist ein Appell, den ich heute an Sie ausspreche, an euch ausspreche. Und im Wissen erforderlichen Mehrheiten, wird auch der Zugang aus Positionen der Opposition, die wir stark vertreten werden, notwendig sein, denn Stadtentwicklung soll die breite Gesellschaft widerspiegeln. Es reicht nicht, wenn sich nur ein bestimmter Teil durchsetzt. Danke (*Appl.*).

Gibt es weitere Wortmeldungen? Sonst würde ich gerne etwas sagen zu dem schon Erwähnten. Vielleicht zu dem, wir hätten das im Mai auflegen können, und dass das angeblich zu diesem Zeitpunkt ein unausgereiftes Stück gewesen wäre. Ich möchte betonen, es hat sehr, sehr viele Runden gegeben, und es wären Kollegen von der ÖVP regelmäßig anwesend und es gab gute Gespräche. Und das Stück, wie es jetzt vorliegt ist nicht weniger oder nicht viel mehr ausgegoren, als es schon im Mai war. Und hätte man sich schneller eingebracht, dann hätten wir früher auflegen können. Ich kann mich erinnern an eine Sitzung ...

*Zwischenruf GR **Huber** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Darf ich fertigreden?

... an eine Sitzung im April vor Ostern, die haben wir einberufen, weil wir eben sehr schnell umsetzen wollten, und es gab damals die Frage im Raum, gibt es noch etwas, was wir einfügen sollten? Gibt es Anmerkungen, gibt es etwas, was wir übersehen haben, um in die Auflage gehen zu können? Damals hat es geheit: Nein, passt alles, super Arbeit, dankeschön. Immer wieder wiederholt, der Dank an die Verwaltung.

*Zwischenruf GR **Huber**: Nein, das stimmt nicht.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Doch, das stimmt, ich glaube, wir haben mehrere Zeugen, die damals ...

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ja, und um das Stück geht es. Es war ein Jahr Arbeit, das war kein Schnellschuss. Über ein Jahr haben wir informiert, einbezogen. Ich freue mich, dass es jetzt soweit ist, es hätte früher gehen können, aber sei es drum. Einen Wehrmutstropfen hat das Ganze, wir wollten mit der Auflage, weil es ja die umfassende Auflage ist, einen Bausperre einführen. Leider zeichnet sich da keine Zweidrittel, oder hat sich im Mai keine Zweidrittelmehrheit abgezeichnet, schade darum, weil es viele Dinge gibt, die sehr wichtig wären, dass schon neue Projekte, die eingereicht werden, genau nach den Grundsätzen des aufgelegten, oder hoffentlich aufgelegten Stadtentwicklungskonzeptes überprüft werden würden. Leider ist dem nicht der Fall, das tut mir leid. Aber ich freue mich, wenn wir es trotzdem auflegen und sozusagen in die breite Diskussion gehen. Noch ein Wort zur Nachhaltigkeit, es ist nicht immer alles unmittelbar billiger, wenn es nachhaltig ist aber nachhaltig heißt, dass es langfristig sich lohnen zu investieren. Und wenn wir in den Klimaschutz und in die Klimawandelanpassung investieren wollen, dann müssen wir das jetzt tun, um für die Zukunft vorzubeugen. Und da geht es genau um die Diskussionen, die wir hatten, um die Gründächer ab 65 m², um Versiegelungsgrade, dort, wo es um Klimaschutz geht, damit sozusagen Regenwasser zum Beispiel versickern kann, deswegen, das passiert ja nicht aus Jux und Tollerei, sondern das Dinge, die in Zukunft investieren, nämlich auch an die Zukunft nachfolgender Generationen. Ein Wort zur Baukultur und zur berühmten Villa, die abgerissen wird, genau das sieht jetzt das Stadtentwicklungskonzept vor. Ich kann keinen Privatbesitzer daran hindern, dass da jemand seine Villa abreißt, aber ich kann verhindern, dass zumindest Volumina, oder ich kann sorgen dafür, dass die Volumina begrenzt sind, und dass da jemand jetzt nicht kaskadenartige Gebäude bauen kann, sondern dass zumindest das Volumen ähnlich groß bleibt. Das können wir tun, das sieht auch das neue Konzept vor. Wir haben Laubengänge eingeschränkt, weil in Graz hat ja das Laubengangformat ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ja, das Land es dann gemacht, aber ihr wart dann dagegen, dass wir es einführen. Ich weiß die Anmerkungen von der Wirtschaftskammer, dass wir das ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Die Wirtschaftskammer war bei mir im Gespräch und hat sich darüber beschwert, dass wir die Laubengänge in der Form jetzt umsetzen.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Sind wir die Wirtschaftskammer?*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Eure Interessensvertreterin, oft erwähnt, die waren bei mir, ich darf jetzt bitten darum, mir noch einmal zuzuhören. Ich bitte darum, mit zuzuhören. Ich habe jetzt lange nichts dazu gesagt, aber einige Dinge möchte ich doch richtigstellen. Zum leistbaren Wohnen möchte ich auch etwas sagen. Es gab die Wohnbaustudie, eine sehr umfassende, wichtige Studie, die uns auch Dinge vorgegeben hat beziehungsweise Anleitungen gegeben hat, die wir jetzt umsetzen im Stadtentwicklungskonzept, nämlich im Sinne davon, nicht so viele kleine Wohnungen zu bauen, im Sinne von Anleger:innen, sondern Wohnraum zu schaffen ab einer bestimmter Größe für Menschen mit Familien, die in Zukunft Wohnraum suchen. Wir haben sehr vieles eingearbeitet, was in der Vergangenheit passiert ist, und ich finde, das kann sich sehen lassen. Wir hätten viele Dinge früher einarbeiten können, aber ich freue mich auf den

weiteren Diskussionsprozess und bin froh, dass wir es jetzt auflegen können, auch wenn die Wehrmutstropfen-Bausperren nicht umgesetzt werden kann. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner: (zur tatsächlichen Berichtigung)

Also zwei Sachen, billiger wird das Wohnen nicht durch den Entwurf, also muss man an dieser Stelle wirklich klar feststellen. Und das Zweite, wir hätten gegen Laubengänge gestimmt oder wären dagegen gewesen. Ich meine, entweder nimmst du das bitte jetzt zurück oder es ist eine Lüge von dir (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Entschuldigung, ich habe gesagt, Vertreter der Wirtschaftskammer waren bei mir und haben sich beschwert darüber.

StR Hohensinner:

Vielleicht können wir zurückspule, früher hat man das mit einem Videorekorder machen können. Du hast gesagt: Ihr wart dagegen. Das hast du gesagt und dann bist du irgendwie Richtung Wirtschaftskammer abgebogen. Also bitte bleiben wir bei den Tatsachen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Wenn ich gesagt habe „ihr“, dann nehme ich das zurück. Ich meine Vertreter der Wirtschaftskammer. Ihr habt aber unlängst, gestern auch im Ausschuss, oder wieder eingefordert, dass wir Interessensvertreter einbeziehen müssen. Die waren bei mir, die haben sich darüber beschwert, wenn es nicht ihr wart, dann war es die Wirtschaftskammer. Aber es hat Beschwerden darüber gegeben.

StRⁱⁿ Schönbacher:

Vielen Dank, wir haben versprochen, wir bringen uns konstruktiv ein, das haben wir auch getan, wir haben 20 Fragen gestellt. Alle Fragen sind fachlich wirklich korrekt beantwortet worden. Es war sehr ausführlich, was Verständnisfragen waren, sind sehr, sehr gut erläutert worden, sodass man dann wirklich einen guten Durchblick bekommen hat, weil das ist doch ein sehr großes Stück und ein vor allem sehr, sehr wichtiges Stück. Deshalb möchte ich wirklich einen Appell an die Bürger hier richten. Bitte bringen Sie sich ein, weil wir stimmen dem jetzt deswegen zu ohne Bausperre, weil wir uns wünschen, dass Sie sich einbringen, dass so viele Menschen wie möglich sich einbringen. Da haben Sie jetzt die Möglichkeit, bitte, bitte nutzen Sie diese Möglichkeit, weil es einfach sehr wichtig ist, dass man so viele Meinungen wie möglich dann auch bekommt und damit dann weiterarbeiten kann. Wir haben auch die Möglichkeit gehabt unsere wichtigsten Punkte herauszustreichen, darauf möchte ich jetzt ganz kurz noch eingehen, weil ganz besonders wichtig waren und sind und die Siedlungen der Einfamilienhäuser, dass das Bild einfach so bleibt, weil der, der wirklich hart gespart hat für sein Eigentum, soll danach nicht Nachteile bekommen oder nachmittags dann möglicherweise durch einen großen, hohen Wohnblock plötzlich nur noch Schatten haben. Ganz wichtig waren und sind uns auch die Heimgärtenanlagen, sowohl die Neuschaffung, als auch die öffentliche Durchwegung. Auch das ist positiv beantwortet worden, und dann konnte man eine Veränderung einbringen. Das ist sehr, sehr schön. Dann genauso die soziale Durchmischung ist wichtig, die Bürgerbeteiligung und auch die Einbindung der Bezirksdemokratie. Auch da haben wir gut zusammenarbeiten können, genauso ist uns wichtig der Klimaschutz, aber auch muss man den Aspekt der Wirtschaftlichkeit trotzdem bedenken, weil es hilft nichts, wenn wir nur Klimaschutz machen und der soziale Wohnbau, so wie jetzt, massiv rückläufig ist. Also wie gesagt, wir konnten uns konstruktiv einbringen, bedanken uns für die Beantwortung, aber auch, dass nachgebessert wurde in unserem Sinne, und jetzt sollten sich die Bürger wirklich bis zum Herbst einbringen und dann werden weiter diskutieren. Dankeschön (*Appl.*).

StR Eber:

Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte ich vielleicht anknüpfen beim Kollegen Georg Topf, der vorhin gesagt hat, sinngemäß zumindest, unterschiedliche Meinungen sind notwendig und, ich glaube, erwünscht hast du auch gesagt. Ich möchte das wirklich doppelt unterstreichen sozusagen, weil ich glaube, dass es sehr wichtig und notwendig ist im Diskurs ein Stadtentwicklungskonzept auf neue Beine zustellen sozusagen. Und ich glaube, die Frau Vizebürgermeisterin hat es ausgeführt, es hat ja sehr viele Gesprächsrunden gegeben, es hat sehr viele Ausschusssitzungen gegeben, wo viele Fragen natürlich zur Diskussion gestanden sind. Und auch, wenn man sich nicht immer einig ist in allen Fragestellungen, so ist es doch gelungen und das zeigt hat, dass wir heute vielleicht sogar einstimmig die Auflage beschließen werden können, dass es gelungen ist, hier einen größtmöglichen Konsens zu finden. Ich möchte diese Stelle, es ist heute ja schon mehrfach angesprochen worden, es ist ja im Stadtsenat heute die Verordnung zum Grün- und Freiflächenfaktor ebenso einstimmig beschlossen worden. Hat auch hier einige Gesprächsrunden gegeben, ist im Ausschuss behandelt worden und dann eben letzte Woche bereits vorzeitig ausgeschickt worden an die Stadtsenatsmitglieder, damit man hier eben auch noch drüberschauen kann zumindest. Ich möchte mich auch hier bedanken, ausdrücklich bei den Kollegen der ÖVP und bei der Kollegin von der KFG für die Zustimmung. Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Verordnung und das freut mich wirklich sehr, dass wir das einstimmig beschließen haben können. Wichtig war in diesem Zusammenhang natürlich auch im Vorfeld, wie gesagt, es hat Gesprächsrunden gegeben, es hat mich auch gefreut, dass wir hier eine sehr gute Zusammenarbeit, auch zwischen den verschiedenen Abteilungen, insbesondere zwischen Stadtplanung und Bau- und Anlagenbehörde, und auch auf politischer Ebene wir natürlich gehabt haben. Das STEK geht jetzt jedenfalls in die Auflage. Es ist natürlich immer so, dass da sehr viel noch diskutiert wird, dass es dort natürlich auch noch zu der einen oder anderen Änderung kommen wird und ich freue mich jedenfalls,

dass wir da in einen Diskussionsprozess einsteigen und bin gespannt auf das, was dann letztlich herauskommen wird, und danke noch einmal für die Zustimmung heute (Appl.).

GR Brandstätter:

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Jetzt war ich in einigen Gesprächsrunden auch dabei und kann bestätigen, dass viele Gesprächen geführt worden sind, aber ich möchte schon auch dazusagen, dass man bei einer Zweidrittelmaterie dann davon ausgeht, dass, wenn dann ein Entwurf da ist, dass man dann, wenn man unzufrieden ist mit dem Entwurf oder wenn vielleicht auch noch Verbesserungen anregen möchte, auch diese Möglichkeit als Opposition haben sollte. Von diesem Recht haben wir Gebrauch gemacht. Herr Stadtrat Eber hat das sogar gelobt, wenn ich ihn richtig verstanden habe, und das wäre aus meiner Sicht auch ein sinnvolles Ziel. Aber immer wieder hat man eigentlich das Gefühl, dass das einzige und wichtigste Gebot der Grünen ist: Du darfst nicht widersprechen. Und ich sage ganz klar: Wir dürfen widersprechen als Opposition. Es ist sogar unsere Aufgabe zu widersprechen, unsere Aufgabe ist, zu kontrollieren und zu schauen, ob wir wirklich mit dem mitkönnen, was sie da machen. Und jetzt haben wir da eine Lösung gefunden, bei der wir gerne dabei sind, aber wo jetzt sofort wieder, und ich möchte Ihnen da vielleicht wieder vom Anfänger zu erfahrenen Politikern und Politikerinnen und einen Tipp mitgeben, es ist keine gute Verhandlungstaktik, wenn man den anderen die ganze Zeit sagt, oder den Generalvorwurf äußert, ihr wollt nur verzögern, ihr seid nur dagegen. Nein, es geht uns darum, dass wir einen sinnvollen Entwurf auflegen wollen. Und dann heißt es, ihr seid gegen die Bausperre, ihr seid dafür, dass ungezügelt weiter gebaut, dabei haben wir das kein einziges Mal eingefordert. Und wir sind ganz sicher nicht eine Partei, wo die Wirtschaftskammer unsere Interessensvertretung ist. Das ist einfach ein falscher Vorwurf. Die Wirtschaftskammer ist die Interessensvertretung der Wirtschaft, und sind wir froh, dass es noch Parteien gilt, die auch die Interessen der Wirtschaft berücksichtigen in ihre Arbeit, weil wenn wir in einem Staat leben würden,

wo die Wirtschaft keine Interessensvertretung mehr hat, dann hätten wir auch ganz viele andere Dinge nicht, über die wir heute zum Beispiel sehr positiv befinden und froh darüber sind. Und die Frage ist dann schon: Gut, dann kann man wieder sagen, na gut, die Bösen, die die Bausperre wollen, aber die Wahrheit ist, wogegen wir waren ist, dass eine unmittelbare Rechtswirksamkeit eingeht und der Grund dafür ist, dass wir für Bürgerbeteiligung sind. Und wenn Sie uns das jetzt zum Vorwurf machen, dann möchte ich Ihnen sagen, Sie sind dann der Grund für weniger Bürgerbeteiligung, und das halte ich für falsch, das halten wir geschlossen für falsch. Für diese Bürgerbeteiligung treten wir ein und an die freuen wir uns. Und diese Dinge, die da an uns herangetragen werden, die werden wir mitnehmen, damit wir dann gemeinsam in einem gemeinsamen Prozess hoffentlich zu einem guten Stadtentwicklungskonzept kommen werden (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Ich möchte gar keine lange Wortmeldung machen, aber ich war gerade so verwirrt, weil wenn die ÖVP jetzt angibt, die Bausperre würde die Bürgerbeteiligung verhindern, die sie so dringend will. Warum gab es dann bisher bei jeder Flächenwidmungsplan- und STEK-Änderung, die von ÖVP und auch FPÖ damals gemacht wurden, in der Regierung eine Bausperre (*Appl.*)?

GR Dr. **Piffl-Percevic:**

Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleg:innen, liebe Alle in Nähe und Ferne. Manche, Entschuldigung, sind aber auch ein bisschen ferne vom Thema. Entschuldigung, Christine, du bist sehr engagiert, aber vorhin hast du die Landwirtschaftskammer als Verein bezeichnet. Offensichtlich ist die wahre Funktion der Wirtschaftskammer auch nicht wirklich geläufig und da werden Identitäten einfach durcheinandergebracht oder aufdividiert gegenseitig. Bleiben wir doch sachlich und konstruktiv. Ja, Kollege Pascuttini hat heute schon gesagt, also drüberfahren, unsere Presseaussendung, die

wir gemeinsam mit der KFG gemacht haben, auch seinerzeit am überfallsartigen, wir müssen das jetzt beschließen, im April oder Mai, es wurde versucht etwas durchzuboxen, fernab einmal von den legistischen oder den vernunftmäßigen Beteiligungen, aber die Bezirksräte, und jetzt ein herzlicher Dank an das Amt, den Herrn Baudirektor, an den Inninger, namentlich stellvertretend für alle Damen im Stadtplanungsamt, an die Frau DIⁱⁿ Benedikt. Ich bewundere ihre Leidenschaft, ich bewundere sie (*Gelächter und Appl.*).

Sie hat sich engagiert wie fast alle, der Sache immer gewidmet. Es wurde damals diese Kleingartengeschichte, das hat Georg Topf schon auf den Punkt gebracht, die Nichtbeteiligung der Bezirksvorsteher/Stellvertreter, der Bezirksräte. Ich danke, dass jetzt im Stück steht, es ist berichtet worden, dass am Montag den 24. Juli hier in diesem Saal eine eigene Informationsveranstaltung für die Bezirksratsebene stattfindet. Das ist ein Akt der Vernunft, abseits von den rechtlichen Vorschriften. Wir brauchen mehr Mitkämpfer. Wir müssen die Leute der Stadt begeistern, dass man für das Klima was tun muss, und das in die richtige Richtung. Und dafür stehen wir immer zur Verfügung, aber bitte nicht durchboxen und bestimmen von oben herab. Frau Vizebürgermeisterin, ich weiß nicht welche (*Anm. der Schriftleitung: unverständlich*) du da in deinem Regal hast. Da ist das Wort Überzeugungsarbeit, miteinander kommunizieren öffentlich nicht drinnen. Da ist dann einfach das Durchdiktieren tendenziell, und das Durchboxen und das Drüberfahren. Ich schließe mich da nur den verschiedenen Wortmeldungen dazu an und das ist notwendig, das zu betonen. Ich möchte auch noch hinweisen, wesentliche Dinge in diesem Stück sind auch die Zukunft der Stadt betreffend, der Masterplan Inffeldgründe, es sind sechs oder sieben zum Teil sehr wesentliche Punkte für die Zukunft, zur Entwicklung der Stadt, die gesamte weitere Entwicklung der TU, dort wurde bis heute noch gar kein Wort verloren. Ich muss das sagen, weil hier die Übersiedlung der Bruckner Sportschule nach Eggenberg, und da haben wir den Weg ja Gott sei Dank gemeinsam freigeschaufelt, um die planmäßige Erweiterung der TU, das ist im STEK ein ganz wesentlicher, umfassender Punkt. Danke für alle, die da auch Grünraum geschaffen haben, abgesichert haben. Auch einen Dank an die TU selbst, die hier sehr mutig war und an alle, auch die heutige

Politik in der Hauptverantwortung, dass sie offensichtlich gewillt ist, das zu ermöglichen. Allerdings, dass das in dasselbe Stück gepresst wurde, hat tentativ schon gefährdet, einer rechtzeitigen Beschlussfassung. Auch dazu, wir spielen das eine nicht gegen das andere aus, wir können aus vollem Herzen diese Punkte beschließen, die hier drinnen sind, ganz wesentlich, weil sonst hätte der Alt-Rektor oder Neu-Rektor der TU, falls er zusehen sollte, gedacht, das ist heute wieder nicht drauf. Also bitte, das ist ganz wichtig. Es ist angesprochen worden, ich komme zum Schluss, vom Georg Topf, der Max Weber, der ja sehr tauglich Pate steht, das Bohren harter Bretter, hat er gesagt, mit Augenmaß und Leidenschaft. Die Leidenschaft haben wir viele, aber wir sollten sie richtig einsetzen, das Augenmaß bezweifle ich, ob das alle haben. Und dem möchte ich das Wort reden, wir sind für die Zukunft der Stadt, indem wir mit für das Klima Verantwortung tragen wollen, aber auch für die weitere Stadtentwicklung. Und sehen wir das und ich ersuche Sie, diesem Stück in dieser Form, wie es uns jetzt vorliegt, es ist ein politisch vorverhandelter Amtsentwurf, der de facto in die Begutachtung geht. Und wir werden die Leute auffordern, sich zu melden. Was' wiegt, das hat's. Und dann, das ist die Zusage, ich habe es gestern angesprochen im Ausschuss, werden wir im Herbst zügig diskutieren, was hier an Anregungen gekommen ist, die Zusage ist politisch ausverhandelt, sie steht, dass wir dann das einbauen noch, was notwendig ist und was die Zukunft der Stadt erfordert. Herzlichen Dank, ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Zuseher:innen live und auch zuhause an den Endgeräten. Zuerst habe ich mir gedacht, nein, ich melde mich nicht. Doch jetzt muss ich, muss ich nicht, aber ich möchte ganz einfach. Als Vorsitzender von diesem Ausschuss habe ich, glaube ich, jede Sitzung genießen dürfen, und das nicht erst seit dem heurigen Jahr, wo es um das STEK geht, sondern das schon viel früher angefangen, wo wir Informationen bekommen haben, die nur als schriftliche

beziehungsweise als mündliche Informationen an den Ausschuss ergangen sind. Das heißt, wir sind schon sehr lang in diesem Prozess und nicht erst seit dem Frühjahr, wo es dann vielleicht falsch gestartet oder nicht richtig gestartet, keine Ahnung, zur Auflage kommen hätte sollen. Was wir aber damit erreichen wollten, ist, dass die Auflagefrist oder die Auflagezeit nicht gerade in den Sommermonaten ist, wo die meisten sich vielleicht im Urlaub befinden oder sich vielleicht damit nicht beschäftigen wollen, sondern eben noch in einem Zeitraum, wo alle aktiv oder weniger auf Urlaub, sondern aktiv im Arbeitsleben sind und sich mit solchen Dingen mehr beschäftigen. Das war eigentlich der Grund. Und was bedeutet ein Auflage? Ist wahrscheinlich auch schon mehrmals gesagt worden, da gibt es die Einwendungen, die dann berücksichtigt werden, wie bei jedem Bebauungsplan. Und wenn es vorher noch nicht drinnen gestanden ist, aufgrund der Kleingärten beziehungsweise der Heimgartengeschichte, das wäre sicher auch von den Heimgärtnern beziehungsweise von der Heimgartenkommission auch hier beanstandet worden und das wäre dann sicherlich in dieses Stück miteingeflossen. Es ist nur darum gegangen, dieses Stück rechtzeitig aufzulegen, damit möglichst viele Menschen in einer Zeit das machen können oder ihre Beanstandungen einbringen können, wo sie auch da sind. Das wollten wir damit erreichen. Und in diesem Sinne möchte ich mich auch noch bei allen bedanken, die das sehr würdig und sehr zuversichtlich und sehr informativ und wirklich top gemacht haben. Danke, für die Unterstützung in den Ausschüssen. Danke, für Ihre Expertise. Und ich hoffe, wir können jetzt zu einem Abschluss kommen und diesem STEK zur Auflage zustimmen. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wünscht die Berichterstatterin ein Schlusswort?

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Ja, ich möchte noch etwas sagen. Ich möchte hier noch sagen, es gibt die Definition der Nachhaltigkeit über eine Trias, die soziales, wirtschaftliches und ökologisches Miteinander in Beziehung setzt. Und es ist für mich eigentlich eine sehr, wie soll ich sagen, bezeichnende Diskussion, dass wir genau innerhalb dieses Dreiecks, und dieses Kräftedreiecks, uns bewegen und miteinander ziehen an den Enden. Ich möchte nochmals erinnern, der Auftrag an die Stadtverwaltung war, sozusagen Klimaschutzziele in die Stadtplanung zu integrieren. Dass es da natürlich zu Interessenkonflikten kommt, ist mir durchaus bewusst. Ich habe mich lange Zeit damit beschäftigt, im Rahmen von Kriterienkatalogen und Nachhaltigkeitszielen in der Umsetzung, in der Stadtentwicklung. Deshalb muss ich mich hier outen, ich habe die Diskussion als wahnsinnig wertvoll empfunden, die wir geführt haben, und ich möchte mich wirklich bei allen bedanken (*Appl.*).

Jede einzelne, jeder einzelne Kommentar war wichtig und ich bin froh, dass wir es jetzt in eine noch viel breitere Diskussion bringen können. Und nochmals Dankeschön an alle, die sich da so heftig beteiligt haben, das ist es wert und das ist auch wichtig. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Lohr) angenommen (41:2).

Unterbrechung der Tagesordnung: 16.19 Uhr.